

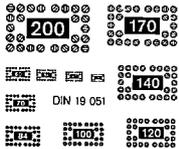
Wir denken weiter.

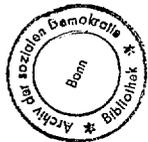
Voraussetzungen und Mittel, eine gute Zukunft zu gestalten. Dafür bietet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Programm an, das auf den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut und zu solidem Handeln in gemeinsamer Verantwortung im Handeln in ge-

Noch einmal: Die Macht und damit soziale Verantwortung menschlicher Hand. In der Technik und Genmanipulation können Menschen die Evolution, deren Produkte sie sind, wirklich beeinflussen, durch eigene Konstruktion verändern oder sogar ersetzen. Die gewaltigen Kräfte der Atomspaltung, als unerschöpfliche Energiequelle begrüßt, entziehen sich immer wieder der Bändigung durch den Menschen. Mit Massenvernichtungsmitteln, zumal einem riesigen Arsenal

Eröffnung des Dialogs zum neuen Grundsatzprogramm der SPD im Münchener Künstlerhaus.

SPD





C88-404

Vorwort

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit ihrer Gründung vor nahezu 125 Jahren eine Partei des Humanismus, der Aufklärung und der Reformen und deshalb eine Programmpartei. Das heißt, sie hat ihre politischen Zielvorstellungen von Anfang an nicht nur punktuell vertreten, sondern

- jeweils in einem Gesamtentwurf zusammengefaßt,
- aus allgemeinen Grundsätzen und Wertvorstellungen abgeleitet und
- in beträchtlichem Umfang zur Grundlage ihrer praktischen Politik gemacht.

Das galt schon für das Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863. Das galt für das Erfurter Programm von 1895 und das gilt natürlich auch für das 1959 verabschiedete und bis heute in Kraft befindliche Godesberger Programm. Darin spiegelt sich die reformerische, aber auch die rational-aufklärerische Tradition der deutschen Sozialdemokratie.

Programme, auch die der SPD, können jedoch keinen Ewigkeitswert für sich beanspruchen. Sie bedürfen deshalb nach gewissen Zeiträumen der Überprüfung, also der Konfrontation mit den zwischenzeitlichen Entwicklungen, aber auch mit neuen Einsichten und Erkenntnissen. Meine Partei hat diese Überprüfung ihres Godesberger Programms seit dem Jahre 1982 vorbereitet und 1984 auf den Weg gebracht. Als erstes Ergebnis dieser Überprüfung liegt seit Mitte letzten Jahres ein Text vor, den eine Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt erarbeitet hat und für den sich nach dem Ort, an dem unter Federführung von Erhard Eppler die Schlussredaktion dieses Textes stattgefunden hat, die Bezeichnung IRSEER-Entwurf eingebürgert hat.

Dieser Text bildet die Grundlage der breiten Programmdiskussion, zu der wir

nicht nur die Mitglieder der Partei, sondern die gesamte Öffentlichkeit ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit eingeladen haben. Die Münchner Veranstaltung hat gezeigt, daß diese Einladung angenommen wird. Und sie hat gezeigt, daß sich im Zusammenhang mit der Erneuerung unseres Programms die Chance zu einer neuen Verständigung in unserer Gesellschaft bietet. Der breit angelegte, konstruktive Dialog über wichtige Zukunftsfragen kann die hemmenden Grenzen und Hindernisse beseitigen, die im alltäglichen Gespräch so hinderlich sind. Wir haben ohnehin in der Bundesrepublik Deutschland selbst über existentielle Lebensfragen zu viel Verlautbarung, zu viel Verkündigungen, aber zu wenig Rede und Gegenrede, zu wenig wirklichen Austausch. Zu viel Selbstbestätigung und zu wenig Nachdenklichkeit.

Diese Broschüre enthält wesentliche Ausschnitte aus der Münchner Diskussion. Ich wünsche mir, daß sie zu weiteren Begegnungen dieser Art anregt.

Hans-Jochen Vogel
(Hans-Jochen Vogel)

Der Dialog über das neue Grundsatzzprogramm der SPD wurde mit einer großen Veranstaltung am 18. September 1987 im Münchener Künstlerhaus eröffnet. 200 Wissenschaftler, Künstler und Politiker diskutierten mit dem Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Programmkommission, Oskar Lafontaine, und Erhard Eppler, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Programmkommission. Die Diskussionsbeiträge sind nach Themenbereichen gegliedert.

Unsere Grundsätze (I.)

Erhard Eppler

Ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten ist immer dann nötig, wenn eine geschichtliche Zäsur die Wirklichkeit und damit die Aufgaben grundlegend verändert hat. Das war so in Erfurt 1891, nach den 12 Jahren der Sozialistengesetze, in Heidelberg 1925 nach dem 1. Weltkrieg und der Wiedervereinigung mit der USPD, in Godesberg nach dem 2. Weltkrieg. Das ist jetzt wieder so. Das grundlegend Neue gegenüber den fünfziger Jahren ist schon im dritten und vierten Satz des Irseer Entwurfs festgehalten: „Die einfache Fortschreibung des Bestehenden ergibt keine Zukunft mehr. Nur durch Veränderung werden wir in die Zukunft hinein retten können, was wir für bewahrenswert halten.“ Damit ist eine Wirklichkeitsbeschreibung und Aufga-

„Die einfache Fortschreibung des Bestehenden ergibt keine Zukunft mehr.“

benstellung formuliert, die sich von der des Godesberger Programms diametral unterscheidet. 1959 konnten wir uns Zukunft durchaus als modifizierte Fortschreibung des Bestehenden vorstellen.

Das Godesberger Programm bedeutete für uns deshalb einen Einschnitt, weil es Theorie und Praxis zum ersten Mal in der Geschichte der SPD nahe zusammenbrachte. Hatte in der Weimarer Republik revolutionäre Rhetorik die eher bürgerlichen Wählerschichten abgestoßen, eine allenfalls reformerische Praxis der SPD enttäuschte Arbeiter zur KPD getrieben, so war mit Godesberg die SPD in Theorie und Praxis Reformpartei. Und das wird sie bleiben. Man kann auch sagen: In Godesberg wurde aufgeschrieben, was die SPD längst tat.

Jetzt müssen wir — bei voller Bestätigung aller Godesberger Grundentscheidungen — aufschreiben, was wir tun wollen, ja tun müssen, wie es anders weitergehen soll, wenn das „Weiter so“

sich als Realitätsblindheit erweist. Dieser Aufgabe, die wesentlich schwieriger ist als die von Godesberg, ist der Irseer Entwurf teilweise gerecht geworden.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Schlage ich irgendeine Seite auf und beginne zu lesen, so ist meine Reaktion meist: „Ja, das ist ganz richtig. Ja, dieser andere Satz, der ist auch ganz richtig. — Ja, dieser Passus ist sorgfältig und sachverständig überlegt. — Ja, das sagen ja die anderen Parteien in ihrer jeweiligen Sprache eigentlich auch. — Ja, da gibt es doch einen demokratischen Konsens; wie gut, daß es ihn gibt.“

Nun, vielleicht habe ich ungenau gelesen, und vielleicht habe ich böswillig stilisiert. Jedenfalls kann Ihnen diese meine Reaktion auf das erste Anblättern ja wohl nicht willkommen sein. Also frage ich nach dem Auszeichnenden des Entwurfs, nach dem identitätsbildenden Profil der Partei. Ich beginne bei der Präambel und lese die Sätze: „Die einfache Fortschreibung des Bestehenden ergibt keine Zukunft mehr. Nur durch Veränderung werden wir in die Zukunft hinein retten können, was wir für bewahrenswert halten. Verändern müssen sich mit unseren Verhaltensweisen Formen und Inhalte von Politik.“

Wie reagiere ich darauf? Ich sage: Ja, das ist Wort für Wort richtig, das ist Wort für Wort wahr. Könnte der Inhalt des Programms diese Ankündigung ins Detail, das heißt in die Realität übersetzen, so wäre es das Programm für unsere Zukunft. Aber diese Aufgabe ist heute noch übermenschlich. Noch niemand hat sie gelöst. Aber hierin sehe ich den entscheidenden Ansatz.

Richard Löwenthal

Politologe

Ich glaube, daß es in dem Papier eine Gefahr gibt, die Eppler nicht erwähnt hat, und das ist die Gefahr, die Gefahren unserer Zeit zu total darzustellen und dadurch für viele Leser zu hoffnungslos erscheinen zu lassen. Es scheint mir für eine Partei wie die unsere absolut notwendig, wenn man von den Gefahren spricht, die ja ernst sind, sie in einen Zusammenhang zu bringen, der auch glaubhafte Antworten zeigt. Und das ist meiner Meinung nach nicht voll gelungen. Ich möchte das andeutungsweise klarmachen. Da ist die Gefahr des Weltkrieges. Ich will nicht sagen, daß es keinen Weltkrieg geben kann und ich bin sehr bewußt insbesondere der Unwelkkriege der Dritten Welt, aber ich glaube, daß es kein Zufall ist, daß es in der Welt der entwickelten Länder in vierzig Jahren keinen Krieg gegeben hat und daß es tatsächlich eine stillschweigende Gemeinschaft der Regierungen aller Richtungen in all diesen Ländern gibt, weil sie die Nuklearwaffen haben, keine Kriege miteinander zu führen. Das ist vielen Leuten bekannt, aber im allgemeinen nicht gesagt worden und auch in unserem Papier nicht gesagt worden.

Kurt Sontheimer

Politologe

Ich habe mich in den letzten Jahren immer wieder gefragt, warum die SPD es eigentlich für notwendig hält, dieses Unternehmen zu machen. Nun, sie hat es angefangen, sie will es auch zu einem Ende bringen. Der Parteivorsitzende hat erklärt, man werde es 1989 abschließen. Vielleicht wäre ein oder zwei Jahre später besser, weil ich nicht sicher bin, ob es gelingt, in der verbleibenden Zeit jene Klärung und jene Präzisierung herbeizuführen, die an sich wünschenswert wäre. Die Entscheidung für diese Programmarbeit ist ja in einer Situation gefallen, in der eine Klarheit über die Entwicklung der Welt und die Entwicklung der Gesellschaft zwar wünschenswert wäre, aber außerordentlich schwer zu gewinnen ist. Das ist das Dilemma, vor dem die Partei steht. Sie weiß, daß Neuorientierungen in einer sich verändernden Zeit notwendig erscheinen, aber hinsichtlich der Neuorientierung selber hat sie natürlich große Schwierigkeiten, wie wir alle. Es gibt keine klare einvernehmliche Zeitdiagnose in der Wissenschaft über das, was in unserer Welt zur Zeit sich abspielt und wie die Entwicklung sein wird; auf der Basis einer unsicheren Zeitbestimmung ist es natürlich auch schwierig, entsprechend klare Schlußfolgerungen zu finden. Deshalb liegen eine Reihe von Problemen in dieser Programmarbeit, die sehr schwer zu beheben sind.

Ich glaube, daß in die Programmarbeit etwas zuviel von der Überzeugung eingeflossen ist, wie sie am überzeugendsten Erhard Eppler in der Partei repräsentiert, „Ende oder Wende“? Das schafft jene Dramatisierung in bezug auf die Beschreibung der Lage, gegen die Richard Löwenthal, wie ich finde, mit Recht gewisse Vorbehalte vorgebracht hat. Ich glaube, daß noch zuviel davon in diesem Entwurf steckt. Es wird so getan, als könnte nur eine völlig neue Orientierung in bezug auf die neuen Probleme der Partei wieder eine sinnvolle Richtung geben. Im Grunde sollte es sich nur darum handeln, daß die Partei das, was sie in Godesberg entwickelt

hat, auf die neuen Problemsituationen bezieht und anwendet. Also, schafft nicht unbedingt ein völlig neues Programm in einer ganz neuen Konzeption von SPD, sondern ein Godesberg Nr. 2, in dem die Problemlagen der Gegenwart sinnvoll einbezogen sind.

Unsere Grundsätze (II.)

Erhard Eppler

Ein neues Grundsatzprogramm muß die Begriffe Fortschritt und Rückschritt, progressiv, konservativ und reaktionär neu bestimmen. Wenn wir Veränderung nicht nur brauchen, um zu verbessern, sondern auch, um zu bewahren, dann erheben wir damit den Anspruch, den legitimen Mehrheitswillen zur Bewahrung des Bewahrenswerten besser zu erfüllen als die Parteien, die sich konservativ nennen, die aber, wenn sie sich dem „Weiter so“ verschreiben, nur zerstören können. An diesem Punkt muß übrigens der Kampf um das stattfinden, was ungenau „die Mitte“ genannt wird. Fortschritt ist alles, was dem lange aus dem Auge verlorenen Subjekt des Fortschritts, dem Menschen, hilft, Mensch zu werden. Rückschritt ist alles, was ihm dies erschwert. Insofern kann auch technische Innovation Fortschritt und Rückschritt sein. Was zu Fortschritt und Rückschritt zu sagen wäre, ist im Irseer Entwurf bisher nur indirekt und bruchstückhaft gesagt.

Ein neues Grundsatzprogramm muß eine mindestens 125jährige Tradition mit den Aufgaben von heute und morgen verbinden. Es muß deutlich machen, daß Sozialreform unter stürmisch sich ändernden Bedingungen eine dauern-

**„Fortschritt ist alles,
was den Menschen hilft,
Menschen zu werden.“**

de Aufgabe ist, daß die ökologische Reform der Industriegesellschaft gleichberechtigt hinzutritt und daß beide sich aus Grundwerten und Tradition der Partei ergeben. Dabei könnte der klassische Begriff der Ausbeutung die Verbindung zwischen beiden schaffen. Das — für unsere Programmgeschichte neue — Kapitel „Woher wir kommen, wohin wir wollen“ ist dafür ein guter Ansatz. Es wird allerdings der Funktion, die ich für ein solches Kapitel sehe, noch nicht voll gerecht.

Norbert Greinacher

Theologe

Ich möchte meine Bemerkung unter das Stichwort stellen „Mut zur Ethik“. Hier spreche ich ein bißchen pro domo als Theologe. Ich verstehe sehr gut, daß die SPD, die sozialistische Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte ein eher distanzierteres Verhältnis, ein kritisches Verhältnis zur Religion, Kirche, Christentum und damit auch zur Ethik gehabt hat. Ich meine aber, daß heute der Zeitpunkt gekommen ist, daß Ethik, ethische Fragen, ethische Grundlegungen der Entscheidung zu einer Frage des Überlebens geworden ist. Deshalb muß sich ein solches Parteiprogramm diesen Fragen stellen. Sie tut es der Sache nach ja in dem zweiten Kapitel, wenn ich das richtig sehe, da werden ethische Fragen angesprochen. Aber ich meine, man sollte es auch mit dem Namen benennen und man sollte sich mühen, mehr als bisher, um eine ethische Grundlegung dessen, was Solidarität ist, warum Solidarität notwendig ist. Daß ich nicht mißverstanden werde, ich plädiere nicht für eine christliche Ethik, obwohl ich sehr viel von ihr halte. Vielmehr muß es eine humanistische Ethik sein, in der sich alle Mitglieder und weite Schichten dieser Gesellschaft wiederfinden können. Vielleicht kann die christliche Ethik dann den einen oder anderen Beitrag bringen, z. B. von der Theologie der Befreiung her eine vorrangige Entscheidung für die Armen.

Peter Glotz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich finde es entscheidend, daß in dem Programm ein Fortschrittsbegriff übrigbleibt. Ein handhabbarer Begriff des Fortschritts. Nun kann ich mit dem, was Erhard Eppler dazu heute gesagt hat: „Fortschritt ist alles, was dem Subjekt das Fortschritts, dem Menschen, dient“, absolut leben. Ich finde das richtig, das hält auch fest an Humanismus und Aufklärung. Aber ich glaube, das muß im Text dieses Programms deutlicher durchgeführt werden, und ich zeige das an zwei Beispielen.

Es muß uns dazu führen, daß wir beispielsweise unsere ökologische Politik deutlich abgrenzen von irgendeiner Form von Biologismus, wie er neuerdings modern wird, wo der Mensch sozusagen zur Natur in der Natur heruntergedrückt wird und von einem autonomen Subjekt im Zentrum überhaupt nicht mehr die Rede ist. Das „Aus dem Zentrum Rücken“ des Subjekts ist ja eine ganz populäre Betätigung zur Zeit, wie überhaupt Heidegger und Nietzsche die einflußreichsten Philosophen sind, wenn auch über einen französischen Umweg. Und dagegen muß man sich wehren, damit muß man sich auseinandersetzen und deswegen eben nicht: Ökologie als eine Art moralischer Kehre.

Und damit bin ich zweitens bei Greinacher und argumentiere genau in der entgegengesetzten Richtung. „Mut zur Ethik“ hat dieser Programm-Entwurf fast zuviel. Da muß eher Mut zur Analyse, auch zur ökonomischen Analyse noch dazukommen. Also, die Tendenz, die wir heutzutage spüren, alles zu moralisieren, der würde ich einen neuen Institutionalismus entgegensetzen. Das, worauf Herr von Weizsäcker hingewiesen hat: also auf die Frage einer makroökonomischen Regulation. Was muß man tun? Das ist ganz konkret, da geht es um den internationalen Währungsfonds, um die Weltbank, da geht es um institutionelle Regelungen, die Keynes sich schon 1944 überlegt hat, die man da machen könnte. Und das hat nicht so

sehr mit moralischer Wende zu tun. So steht es natürlich auch nicht im Irseer Entwurf, aber die deutliche Abgrenzung dagegen, die noch deutlichere, würde ich für notwendig halten. Das heißt also, den Fortschrittsbegriff nicht wegwerfen, sondern ökologisch und sozial neu definieren. Das steckt im Irseer Programm drin, muß aber deutlicher herausgearbeitet werden, vor allem auch im Ton und in der Anmutung, sozusagen in der Attitüde. Die Attitüde darf nicht sein — und jetzt rede ich von der Präambel — „Dennoch die Schwerter halten vor die Stünde der Welt“, — um auch mal einen konservativen Dichter, Gottfried Benn, zu zitieren. Wir müssen sehr viel stärker auch Hoffnung und Utopie betonen und zum Handeln ermutigen, auch in der Attitüde, auch im Ton.

Renate Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ein Grundsatzprogramm ist nicht nur eine Frage der klaren Gedanken — die sind unabdingbar, sondern auch der Gefühle, die es bei den Menschen, die es lesen, erzeugt.

Meine Erfahrung aus vielen vielen Gesprächen an Info-Ständen und anderswo ist die, daß derzeit die größte Angst der Menschen die Angst vor Veränderung ist. Und daß diese Angst vor Veränderung alle anderen Ängste, die da sind, die Angst vor der Rüstung, die Angst vor der Atomenergie, daß diese Ängste von dieser Angst überlagert werden. Damit bin ich bei dem Gefühl, das ich bei diesem Programm habe, wenn ich es gelesen habe, nämlich, daß ich ein ungeheuer guter Mensch sein muß. Ich muß dauernd überwinden, ich muß dauernd kämpfen, ich muß dauernd irgendwelche im Prinzip sehr unangenehme Dinge tun, ohne daß mir dann am Schluß klar wird, wie ich eigentlich dann in dieser neuen Welt, in dieser anderen Welt, in dieser besseren Welt, wie ich da eigentlich lebe. Und ich glaube, daß das Programm diese Vorstellung ermöglichen muß.

Deshalb sind diese Kapitel, wie „Wie wir anders leben können“, die an anderer Stelle stehen, die müssen irgendwo, zum Teil mindestens, mit nach vorne und ich glaube, wir können uns nicht nur darauf beschränken, einen neuen Fortschrittsbegriff zu definieren, sondern wir haben auch die Aufgabe, einen neuen Wohlstandsbegriff zu definieren. Und zwar einen Wohlstandsbegriff, der weggeht von den materiellen Gütern, der weggeht von dem Konsum und der eine Antwort auf die Sehnsucht von Menschen gibt, endlich aus der Rolle des Konsumenten von Wirtschaftsgütern, von Politik, von Kultur herauszukommen. Anders Leben. Anders Wirtschaften. Diese Überschriften anderer Parteien sind ja auch ein Ausdruck dieser Sehnsucht. Diese Sehnsüchte müssen wir in klare Gedanken wieder fassen, nämlich wie wir tatsächlich anders leben können, wie wir die Sehnsucht nach

Gemeinschaft, die Sehnsucht nach Gleichberechtigung nicht nur durch Werte, sondern auch sinnlich erfahrbar durch programmatische Grundsätze machen können, wo zwar das Gebären der Kinder bei den Frauen bleibt, aber das Erziehen der Kinder eine gemeinschaftliche Aufgabe ist, wo es z. B. ökonomische Unabhängigkeit für Frauen gibt, all das muß mit nach vorne, weil sonst die Vorstellung von dem, was wir mit diesem Programm erreichen können, zu wenig vorhanden ist und nur das Gefühl entsteht, so gut bin ich nicht, das kann ich nie erreichen.

Unsere Grundsätze (III.)

Erhard Epler

Ein Grundsatzprogramm muß hinreichend kühn sein, um Menschen zu motivieren und trotzdem die nötige Bodenhaftung haben. Politischer Strom fließt nur, wo der Pol der Utopie verbunden wird mit dem Pol politischer Alltagspraxis. Dies ist vielleicht die schwierigste Aufgabe des neuen Programms. Bisher leuchtet Utopisches auf in den einleitenden Kapiteln, im Ziel der Friedenspolitik und in dem umfassenden Begriff der Kultur und der Kulturgesellschaft. Ob dies trägt, ist zu Recht umstritten. Ob uns allerdings sehr viel Überzeugendes gelingt in einer Zeit, in der die Utopien des 19. Jahrhunderts verblaßt sind, wage ich nicht vorzusagen.

Ein Grundsatzprogramm sollte einen roten Faden, einen Cantus firmus, haben. Der Irseer Entwurf hat, wie Thomas Meyer herausgearbeitet hat,

„Ein Grundsatzprogramm sollte einen roten Faden haben.“

Schwerpunkte und Leitgedanken, aber bisher keinen Cantus firmus. Ich gebe zu erwägen, ob nicht die Gegenüberstellung eines hoffnungslosen und trügerischen „Weiter so“ und einer präzisen Aussage darüber, wie es anders weitergehen kann, zu einem solchen verbindenden Prinzip werden könnte. Ich bin überzeugt, daß eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler schon heute weiß und spürt, daß im „Weiter so“ keine Zukunft liegt. Aber sie werden uns die Verantwortung erst übertragen, wenn sie überzeugt sind, daß wir wissen, wie es anders weitergeht, daß wir dies entschieden wollen und — das ist die Frage der Umsetzung — auch können.

Ein Grundsatzprogramm muß hinreichend konkret und umfassend sein, aber es darf keine enzyklopädischen Ansprüche erheben. Natürlich fehlt im

Irseer Entwurf vieles. Manches muß ergänzt werden. Aber vieles muß auch im endgültigen Programm fehlen, und manches muß wegfallen. Das Programm muß kürzer, nicht länger werden. Wie wir es schaffen sollen, all den Ansprüchen, die ich hier genannt habe und manchen anderen, die ich nicht genannt habe, in einem kürzeren Text gerecht zu werden, weiß ich noch nicht. Aber als die erste Programmkommission zu arbeiten begann, wußte auch niemand, wie Rix Löwenhaft und Johano Strasser, Hermann Rappe und Heidi Wiczorek-Zeul schließlich zu einem Text kommen würden, mit dem alle — ohne sich auf jeden Satz festzuschwören — einigermaßen leben können. Deshalb bin ich, und das wird manche überraschen, in diesem Punkt durchaus optimistisch.

Oskar Lafontaine

Wir müssen zunächst uns davor hüten, irgendwelche unehrlichen Antworten zu geben. Es ist ja wohl unbestreitbar, daß wir in einer einmaligen Situation leben. Meine große Sorge ist, daß viel zu wenig immer noch begriffen wird, daß der Mechanismus des Verdrängens so tief wird, daß viel zu wenig begriffen wird, daß wir in einer völlig neuen Situation leben, daß die traditionellen Denkkategorien einfach nicht mehr stimmen. Sie sind falsch und solange wir eben noch die alte Sprache benutzen, werden wir der neuen Situation nicht gerecht. Wie Marx es formuliert hat: Die Sprache lastet eben auf den Hirnen, prägt die Begriffe. Das gab es noch nie.

Wir kriegen natürlich auch das Wissen um die atomare Bombe niemals wieder aus der menschlichen Kultur heraus. Einstein wird so oft zitiert, als er gesagt hat, diese Entdeckung hat alles verändert, nur nicht unser Denken und Fühlen, und wenn sich nicht ändert, werden wir großen Katastrophen entgegengehen. Das wird zitiert, aber dann läßt man irgend so eine Geschichte bei McDonalds und zieht sich eine Cola rein. Das ist doch die Lage. Ich will das jetzt nicht vertiefen. Wir müssen ehrliche Antworten geben.

Das hat etwas dann zu tun mit der Vision, die wir eröffnen. Wir können uns einfach nicht über diese Sache hinwegmogeln, oder sagen: Och ja, machen wir mal ein schönes Paradies. Also die alte Heilerwartung, die über das Judentum, das Christentum in die Programmatik der Arbeiterbewegung geflossen ist, das ist aus. In dieser Situation sind solche Paradiese nicht mehr an die Wand zu malen. Was bleibt, ist die Utopie einer sich erneuernden Sozialdemokratie. Und hier hat ja nicht ganz ohne Überlegung Willy Brandt in seiner letzten Rede auf Sisyphe Bezug genommen, indem er sagte, er zitiert dort Camus — wir müssen uns eben Sisyphe als glücklichen Menschen vorstellen —, den immer wieder um die Verwirklichung seines Freiheitsideals bemühten Menschen als glücklichen Menschen vorstellen. Das war wahrscheinlich das Einzige, was wir heute anzubieten haben.

Georg Meistermann

Maler

Ich bin Maler, das heißt, ich bin extrem Individualist von Natur, denn mir ist klar, klarer als vielen anderen, daß mein Daumenabdruck in der Welt nicht noch einmal vorkommt. Und ich frage hier: Die normativen Definitionen passen mir nicht, das normative Denken, der normative Kulturbegriff, die normative Arbeitslosigkeit, der Arbeiter, der dann Arbeit kriegt, wenn er die Stelle annimmt, die ihm angeboten wird, ob es ihm paßt oder nicht, ist vollkommen gleichgültig. Das normative Denken muß zum Inhalt haben, als Vision, als Utopie, daß der einzelne sich in einem sozialistischen System wohlfühlen kann, aufgehoben ist nicht nur materialistisch, nicht nur materiell im Arbeitszeit, sondern auch mit dem Angebot dessen, was man Freizeitgestaltung nennt. Ich finde es seit 30 Jahren sehr bedauerlich, daß die Gewerkschaften sich sehr für den wirtschaftlichen Nutzen und Profit des einzelnen einsetzen, auch normal, aber daß das Angebot, die Aufmunterung, die Ermunterung des Individuums, im Betrieb etwas zu tun, damit er seine Individualität erkennen kann zugunsten der anderen. Denn mein Daumenabdruck ist natürlich ein Teil meines Körpers und hängt nicht alleine in der Luft herum. Die Frage ist also, kann man Kreativität, Phantasie des Menschen — Phantasie ist das einzige, was den Menschen vom Tier unterscheidet —, kann man das fördern, sollte das nicht ein Programmpunkt sein, daß man den Sinn der Arbeit, die Definition der Arbeit einmal versucht. Was ist eigentlich der Wert der Arbeit, was ist der Inhalt der Arbeit, was ist der Gegenstand der Arbeit? Die Definition, sie dient als Lohnempfang, am Wochenende da kann ich machen, was ich will, genügt mir einfach nicht.

Walter Bärsch

Deutscher Kinderschutzbund

Ich beobachte vom Kinderschutzbund aus gerade aus der Situation der Kinder, wie die Kinder, eine wesentliche Gruppe in unserer Gesellschaft, auf eine manchmal fast gadenlose Weise unter den Zwang der bestehenden Systeme geraten. Wir können schon fast nicht mehr anders sprechen als — von der gesellschaftlichen Seite her gesehen — von einer Gewalt gegen Kinder. Von daher gesehen müssen wir uns verpflichtet fühlen, diesen Aspekt als roten Faden bei all den Aussagen mit zu bedenken. Ich weiß, daß dies an vielen Stellen schon geschieht, auch dort, wo von der Würde des Menschen gesprochen wird, dort bedauere ich allerdings, daß man da gar nicht daran denkt, daß auch das Kind zu jenen Wesen gehört, denen die Würde des Menschen auch zuzusprechen ist. Ich würde meinen, das sollte an dieser Stelle ergänzt werden. Die Antwort, die darauf gegeben werden kann, die ist eine zweifache, meine ich. Wir müssen uns ganz klar entscheiden für die Position eines humanistischen Sozialismus oder eines sozialen Humanismus. Dazu gehören soziale Gerechtigkeit genauso wie die Entfeindung dieser Welt und, was nicht so sehr deutlich bisher gesagt worden ist, wir brauchen für die Lösung der Zukunftsprobleme die Ressource Mensch, und zwar ausgestattet mit seiner Fähigkeit, die heute unter uns noch nicht so stark entwickelt ist, das ist eine Angelegenheit des Erziehungssystems, nämlich wir brauchen die Fähigkeit zu kreativer Produktion. Und dies hat wiederum nun Auswirkungen auch auf den Bildungsprozeß.

Albrecht von Müller

Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften

Ich möchte noch einmal an die Frage nach dem grundsätzlichen Tenor des neuen Programms anknüpfen. Ich frage mich dabei, und zwar als jemand, der nicht Mitglied der SPD ist, die Entwicklung der SPD aber mit viel Sympathie verfolgt, was diese Partei eigentlich im Zeitraum der nächsten 10 Jahre für Wechselwähler attraktiv machen könnte. Mein Eindruck ist, und da würde ich Herrn von Weizsäcker ganz zustimmen, daß mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit heute kaum noch neue Wählergruppen zu gewinnen sind. In dieser Hinsicht ist sehr viel erreicht worden und man muß aufpassen, daß hier nicht gegenwonnener Boden wieder preisgegeben wird. Aber eine attraktive Thematik für neue Wählergruppen stellt dies nicht dar und eine „kulturelle Hegemonialposition“ im Sinne von Peter Glotz läßt sich damit schon erst recht nicht erreichen.

Ich meine aber, daß es einen sehr interessanten roten Faden für das neue Programm geben könnte, und es handelt sich dabei um die bewußte Vermittlung zwischen den verschiedenen Zeithorizonten und ihren Interessen.

Was ist damit gemeint? Die gegenwärtige politische Praxis ist gekennzeichnet durch eine extreme Überbetonung des kurzfristigen Zeithorizonts. Gleichzeitig empfindet eine breite Mehrheit der Wähler großes Unbehagen über diese Kurzzeitigkeit der heutigen politischen Praxis. Gelänge es, deutlich zu machen, daß sich die SPD mit ihrem neuen Programm gerade die systematische Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Zeithorizonte zur Aufgabe gemacht hat, so wäre dies bei den bürgerlichen Wechselwählern vermutlich sehr erfolgreich.

Es geht also hier nicht bloß um politische Inhalte, sondern vor allem um eine neue Qualität von Politik. Natürlich basteln auch in der Union einige, wie etwa Biedenkopf und Späth, an so einem neuen Politikverständnis. Dominant scheint je-

Unsere Grundsätze (IV.)

Hans-Werner Richter Schriftsteller

doch nach wie vor das Aussitzen und Ausschwitzen zu sein — und dies ist die große Chance der SPD.

Die große Gefahr für die SPD besteht darin, zu einer soliden Verliererkoalition mit gut 30 Prozent Stimmenanteil zu werden. Leider weist der Entwurf zum Grundsatzprogramm an vielen Stellen und vor allem auch am Anfang einen Grundtenor auf, der dazu genau paßt: Es wird — und ich überspitze jetzt bewusst — ein larmoyanter Bauchladen offeriert anstatt chancenorientierter Politikkonzepte, die eingebunden sind in ein neues Politikverständnis.

Die SPD ist nicht die Partei, der automatisch die Macht zufällt, sozusagen auf Grund der politischen Gravitations- und Trägheitskräfte. Die SPD muß ein überzeugendes, den anderen Parteien deutlich überlegenes Politikverständnis anbieten, um mehrheitsfähig zu werden. Ende der 60er Jahre ist dies gelungen, Anfang der 90er Jahre könnte es wieder gelingen — aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Ein Wort zu Herrn Eppler. Sie haben etwas gesagt zur Sprache dieses Programms. Ich habe es sehr genau gelesen, habe auch jedes Wort verstanden, fand es aber trotzdem nicht gut. Nicht, weil ich anderer Meinung bin, ich bin es keineswegs, sondern ich habe mich ein wenig gelangweilt. Diese Langeweile, so meine ich, ging von der Sprache aus. Sie sagten vorhin zur Verteidigung der Sprache dieses Programms, Sie hätten noch niemanden getroffen, der nicht jeden Satz verstanden hätte. Aber wissen Sie, entschuldigen Sie, daß ich das sage, auch bei der Marillt verstehe ich jeden Satz, aber es ist trotzdem schlechte Literatur. Ich sage damit nicht, daß ich von einer Grundsatzklärung Literatur verlange, aber eine solche Grundsatzklärung könnte zumindest in der Nähe der Literatur angesiedelt sein. Es gibt viele Erklärungen in der Geschichte, die Literatur sind, ich denke da nur in diesen Tagen an Philadelphia, wo vor zweihundert Jahren die amerikanische Verfassung entstand. Ich meine, man kann so etwas besser formulieren, lebendiger, ansprechender. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Sie haben in Ihrer Partei ein paar begabte Schriftsteller. Setzen Sie doch zum Schluß, wenn Sie fertig sind, noch einige von diesen Schriftstellern an das Programm. Vielleicht wird es dann sehr viel lebendiger. Lassen Sie diese Schriftsteller aber nicht allein, sonst könnte etwas dabei herauskommen, wobei dem Publikum die Haare zu Berge stehen.

Johano Strasser Mitglied der Grundwertekommission

Biedenkopf hat schon 1974 in seinem Buch „Fortschritt in Freiheit“ gesagt, die Sozialdemokratie sei historisch überholt, ausgereizt, weil das Projekt der Schaffung sozialer Gerechtigkeit ein für allemal erledigt sei: Ungerechtigkeiten der Verteilung gäbe es in unserem Lande nicht mehr. Diese These braucht man nur zu zitieren, um sie zu widerlegen. Denn wir haben riesige Verteilungsprobleme in unserer Gesellschaft. Ich glaube, daß es eher darauf hinausläuft — und das ist in der Tendenz das, was Dahrendorf dann 10 Jahre später sagt — daß das traditionelle Politikmodell der Sozialdemokraten, mit dem wir relativ erfolgreich in den sechziger und bis in die siebziger Jahre hinein Politik gemacht haben, in die Krise gekommen ist. Die Politik der Wachstumsförderung und der Überleitung der Wachstumsgewinne auf unterschiedlichen Subsysteme kompensatorischer Schadensbegrenzung funktioniert nicht mehr und deswegen müssen wir vor allen Dingen darüber sprechen, wie das neue Interventionsmodell der Politik aussieht, das den neuen Strukturproblemen gerecht wird?

Die sozialen Probleme sind überhaupt nicht gelöst. Weder in der Bundesrepublik noch im Verhältnis der reichen zu den armen Ländern. Weltweit stellt sich die Verteilungsproblematik in einer Schärfe, wie wir sie bisher noch gar nicht gekannt haben. Die Behauptung, die Sozialdemokratie sei historisch überholt, weil ihr zentrales Thema „Gerechtigkeit und Solidarität“ heute kein Gewicht mehr habe, ist also reine Propaganda. In der Programmarbeit stehen wir heute gerade vor dem Problem, durchaus klassische soziale Probleme unter neuen Bedingungen lösen zu müssen und gleichzeitig eine Fülle neuer oder erst jüngst ins Bewußtsein gelangter Probleme (wie die ökologischen Fragen, die Fragen der humanen Technikentwicklung) anpacken zu müssen. Der Sozialdemokratie gehen nicht ihre Themen aus, aber sie muß ihr Politikmodell ändern.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Die Sozialdemokratie befindet sich nach meinem Eindruck in den reichsten Nationen der Welt, zu denen wir ja gehören, heute in einer höchst mühsamen Krise. Diese Krise aber ist, nach meinem Eindruck, die Folge ihres bereits geschienenen historischen Sieges.

Wie geht es nun heute der Sozialdemokratie? Ihr Programmentwurf beruft sich mit Recht auf ihre Herkunft aus der sozialistischen Arbeiterbewegung. Diese wurde seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, würde ich sagen, die Speerspitze des politischen Fortschrittsdenkens. Was nützt denn der Sieg der liberalen Prinzipien einer Arbeiterklasse, die in tiefer ökonomischer Abhängigkeit lebt? Die große Entdeckung der Sozialdemokratie war dann, wie ihr Programmentwurf sagt, daß sie dem „Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolutionäre die Einsicht hinzugefügt hat, daß die eigenständigen sozialistischen Ziele nur durch das Mittel der Demokratie verwirklicht werden können“. Das war nicht die Ansicht von Marx, sondern das war die Ansicht der Revisionisten, aber nach unserer heutigen Erfahrung ist das, soweit politische Globalurteile überhaupt wahr sein können, eben wahr. Und die Prinzipien der Sozialdemokratie haben inzwischen im Sozialstaat einen ähnlich weitgehenden Sieg errungen wie vor rund einem halben Jahrhundert die Prinzipien des Liberalismus: die konservativen Parteien haben auch diese Prinzipien als Prinzipien akzeptiert.

Bitte lassen Sie sich nicht durch Ihre im einzelnen vielfach berechtigte Kritik an der heutigen Regierung dahingehend täuschen, daß Sie auf ihren Wahllogan vom Abbau des Sozialstaats selbst herineinfallen. Es geht um wichtige und schwierige Regelungen teurer Leistungen; es geht um wichtige innenpolitische Machtkämpfe. Es geht nicht mehr um das Prinzip. Das sozialdemokratische Prinzip hat gesiegt, und das ist eine der Hauptursachen der heutigen Krise der Sozialdemokratie. Sind Sie, wie

manche Leute sagen, in Wahrheit zwei Parteien geworden, eine Partei konservativer Arbeiter und eine Partei radikaler intellektueller Bürgerkinder? Welche legitimen Interessen vertreten Sie noch mit einer einleuchtenden Ausschließlichkeit?

Daß wir es mit einer Rückkehr, mit einer dramatischen Rückkehr durchaus klassischer sozialer Probleme zu tun haben, dies führt in der Partei sehr häufig dazu, daß diejenigen, die natürlich zu Recht darauf verweisen, die klassischen sozialen Probleme gibt es noch, die sind sogar sehr im Vordergrund, daß diese

„Die sozialdemokratische Krise ist Folge ihres historischen Sieges“

häufig meinen, man sollte doch wieder zu den alten Konzepten greifen. Man sollte dieses Gerede über die neuen Probleme, die ökologischen usw. doch endlich mal beiseite schieben, um jetzt die klassischen Probleme anzupacken. Auf der anderen Seite gibt es andere, die bei der richtigen Erkenntnis, daß es eine Fülle von neuen Problemen gibt, dazu neigen, die klassischen Probleme dann etwas in den Hintergrund zu rücken. Wir müssen aber als Partei beide Problemstränge aufgreifen, versuchen zu integrieren. Ich sehe überhaupt nicht ein, welche Triftigkeit die These haben sollte, durch die Erfüllung der großen sozialen Aufgaben, die die Sozialdemokratie sich gestellt hat, sei sie heute als Partei gewissemaßen überholt. Dies ist eine Lieblingstheorie der Konservativen, übrigens auch eine Lieblingstheorie der Grünen.

Michael Müller Mitglied des Deutschen Bundestages

Ist es in der Tat so, daß das sozialdemokratische Jahrhundert vorbei ist? Und warum ist es so, daß scheinbar das sozialstaatliche Projekt, von dem die SPD ja nun über Jahrzehnte gelebt hat, in ihrer Attraktivität gelebt hat, heute an Zustimmung verliert? Und ist es also richtig, daß es sozusagen eine tiefgreifende Umbruchphase in unserer Gesellschaft gibt? Ich finde, daß man da nicht einfach nur spekulieren kann, sondern daß man da zu einer sehr systematischen Bestandsaufnahme kommen muß. Und dazu gehört eine Frage, die für mich auch schlecht von Herrn von Weizsäcker beantwortet wurde. Ist es denn nicht eigentlich eher so, daß wir in der Nachkriegszeit bis weit in die 70er Jahre außergewöhnlich günstige Wachstumsfaktoren hatten, also außergewöhnlich günstige ökonomische Rahmenbedingungen und daß wir eigentlich heute eher in einen Normalzustand kapitalistischer Wirtschaftsordnung wieder kommen? Ist das nicht gerade wieder eine Begründung für eine neue Aktualität der Idee des demokratischen Sozialismus? Ist das nicht ähnlich auch so beispielsweise auf der Ebene der Weltwirtschaft? Und sind dann nicht die Schlußfolgerungen beispielsweise für die Frage sozialdemokratischer Politik völlig anders, als wenn ich dieses als Umbruchsituation werte? Ich halte es für sehr wichtig, dieses zu klären, und das muß man analytisch klären.

Natürlich gibt es auch Umbruchsituationen. Da ist insbesondere die schlechte Naturzerstörung, also nicht nur die aktuelle, sondern sehr viel stärker diese langfristigen Zerstörungen der Naturprozesse. Dazu gehört auch sicherlich, daß heute Technik nicht mehr bestimmt wird von harten mechanisierbaren Prozessen, sondern von flexiblen, sehr variablen Prozessen, was ja ganz andere Forderungen an die Arbeit stellt und sicherlich auch eine zentrale Frage der Sozialdemokratie ist. Warum verliert Arbeit als Zentrum der Lebensinterpretation an Zustimmung, obwohl gerade ökonomi-

Gerechtere Weltwirtschaftsordnung

Carl Friedrich von Weizsäcker

sche Macht sich in den letzten Jahren enorm gesteigert hat, weiter konzentriert und zentralisiert hat. Also, diese Paradoxie sind auf der einen Seite zu erklären, aber auf der anderen Seite auch zu erkennen: Es sind keine Umbruchsituationen, sondern eher Normalzustände. Es scheint mir sehr wichtig, das zu klären und da bin ich auch eher — wie Peter Glotz das gesagt hat — für mehr Rationalität und für mehr Aufklärung.

Ökonomie, das heißt Weltmarkt. Viele wirtschafts- und sozialpolitische Vorschläge in unserem Lande z. B. scheitern an dem fast unwidersprechlichen Argument, daß sie unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schädigen würden. Ihr Programmentwurf spricht mit Recht von der Einschränkung unseres wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes durch diese Tatsache und spricht mit Recht von der Unmöglichkeit, dem etwa durch Abschottung gegen den Weltmarkt zu begegnen. Das geht nicht. Was mir im Entwurf ein wenig fehlt, ist das unerläßliche Ausgehen vom Weltmarkt als der dominanten Realität und die Erkenntnis der drohenden Dramatik dieser Realität. Das Ganze ist mir ein bißchen zu mild optimistisch. Global gesehen ist die soziale Situation in der Menschheit, wenn ich richtig sehe, heute nicht besser als es die der englischen Arbeiterklasse im Frühkapitalismus war, wie Engels sie beschrieben hat. In den nordwestlichen Industrieländern bildet sich eine marginalisierte Unterschicht von permanent Arbeitslosen; im Süden sind die Armen ein großer Bruchteil der Bevölkerung, und das hängt zusammen. Indirekte, aber bei uns sichtbare Folgen dieser Ungleichheiten sind die wachsende Kriminalität und die wachsende Ausländerfeindlichkeit in den Industriestaaten. Die erfolgreiche revisionistische Hoffnung, soziale Gerechtigkeit durch das Mittel der Demokratie zu verwirklichen, setzt einen geschlossenen demokratischen Staat mit einlagbarer Rechtsordnung voraus. Auf dem Weltmarkt sind die Nationalstaaten nur Konkurrenten im Wettbewerb. Mehr können sie nicht sein. Eine Weltdemokratie existiert nicht, nicht einmal eine universal einlagbare Rechtsordnung. Dazu kommt das bisher unaufhaltsame Bevölkerungswachstum. Dieses ist, im verhängnisvollen Zirkel, einerseits eine der Ursachen der Armut, andererseits ist es, bei den heute sich einstellenden zivilisatorischen Zuständen, eine Konsequenz der Armut.

Wie soll man diese Probleme lösen? Ich kann hier vorerst nur eine Prognose wachsenden Elends sehen und damit wachsender weltweiter politisch-sozialer Instabilität. Vielleicht erwartet man nun von einem Parteiprogramm nicht düstere Prognosen, sondern aussichtsreiche Lösungsvorschläge. Und ich glaube in der Tat, daß ein weltweit sich bildendes Bewußtsein für die Zusammenhänge, die ich angedeutet habe, dann auch durchführbare Handlungsweisen gemeinsamer Vernunft zur Folge

„Global gesehen ist die soziale Situation der Menschheit so wie im Frühkapitalismus.“

haben könnte. Aber diese Bewußtseinsbildung muß gewollt werden. Der Sozialdemokratie mit ihrer großen internationalistischen Tradition stünde die Arbeit an dieser Bewußtseinsbildung gut an. Das Programm sagt es auch: „Eine grundlegende Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist überfällig.“ Ich möchte Ihnen nur Mut machen zu etwas mehr Dramatik in dieser Sache.

Gerhard Grohs

Kommission für kirchlichen Entwicklungsdienst, ev. Kirche

Ich möchte Herrn von Weizsäcker zustimmen, daß das Kapitel über die Weltwirtschaftsordnung, die ja eigentlich keine Ordnung ist, zu undramatisch ausgefallen ist. Hier wäre es sicherlich wichtig gewesen, auf dramatischere Entwicklungen hinzuweisen. Ich habe sogar den Eindruck, daß z. T. absichtlich oder unabsichtlich entdramatisiert wird. Da lese ich z. B.: „Den meisten Entwicklungsländern ist, wie auch deren Überschildung zeigt, der Versuch einer Imitation der Industrieländer schlecht bekommen.“ An anderer Stelle wird gesagt, man müsse die Völker der Dritten Welt „von ihrem Imitationszwang befreien“. Das sieht so aus, als wenn die Entwicklungsländer unter einer Imitationszwangneurose litten und das verantwortlich ist für ihre Verschuldung. Das halte ich für eine vollkommen falsche Analyse und würde doch vorschlagen, daß man vielleicht über diese Sätze weiter nachdenken würde, denn die Imitation, die man zum Teil nicht bei den Völkern, sondern bei vielen Regierungen antrifft, ist ja ihnen von uns — von den Missionaren, den Kolonialbeamten, den Wirtschaftsexperten, den Agrarexperten, den Gesundheitsexperten — aufgedrängt worden, und so mußten wir also diesen Ball wieder zu uns zurückschleichen. Die Gründe für die Verschuldung sind außerordentlich vielfältig und nur zum geringeren Teil den Entwicklungsländern anzulasten.

Erhard Eppler

Sie bestreiten ja gar nicht, daß es diesen Imitationszwang gibt und daß dieser Imitationszwang schädlich ist, daß er sie in die Sackgasse getrieben hat und wenn in diesem Entwurf steht, daß wir die Ländern dort von diesem Imitationszwang befreien müssen, dann müssen wir ihn ja wohl auch selbst geschaffen haben, sonst könnten wir sie ja auch nicht davon befreien, insofern hat mir diese Kritik eigentlich nicht eingeleuchtet. Vielleicht wäre es, gerade weil Sie für den kirchlichen Entwicklungsdienst zuständig sind, Herr Professor Grohs, doch einmal gut, darüber nachzudenken, was es bedeutet, daß wir hier zum ersten Mal die Entwicklungspolitik nicht als eine besondere Aufgabe irgendeines Ressorts, sondern als eine Dimension von Gesamtpolitik verstehen, das ist — glaube ich — zum ersten Mal, daß eine politische Gruppierung das versucht. Vielleicht ist es noch nicht voll gelungen, aber das zieht sich wirklich durch das gesamte Programm hindurch, die Dimension Dritte Welt.

Detlef Albers

Politologe

Die für mich wichtigsten Ausführungen beider Teile Ihres Beitrages, Herr von Weizsäcker, bezogen sich immer auf den Punkt der dramatischen Situation der zwei Drittel der Menschheit, der Kontinente des Südens, die Sie in eine eigentlich sehr radikal-weitreichende Befundanalyse mit jenem Engels-Vergleich gebracht haben, daß wir am Ende des 20. Jahrhunderts eben da angelangt sein könnten, wo der Friedrich Engels in seiner allerersten Jugendschrift registriert, daß die britische Arbeiterklasse 1850 gewesen ist.

Dann haben Sie weiter gesagt, die um ihr Lebensrecht kämpfenden Nationalstaaten der Dritten Welt befinden sich, eben weil sie nicht unseren Ausweg des demokratischen Weltstaates vorfinden, in einer verzweifelt Situation ohne Ausweg. Hier ist für mich ein Zusammenhang, wo ich gern die Utopie, die Vision des Irseer Entwurfs präzisieren würde.

„Eine grundlegende Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist überfällig.“

Warum riskieren wir es nicht, in der perspektivischen Aussage der nächsten 20, 30 Jahre zu sagen, daß wir bereit sind, unseren Beitrag zur unabwiesbaren Weltinnenpolitik des nächsten Jahrhunderts auch im Sinne der Stärkung der Staatlichkeit der Vereinten Nationen, der Regulierungsfähigkeit der Vereinten Nationen herauszustreichen als den Anfang, der nach meiner Überzeugung unabdingbar ist, um dann auch den ethischen Momenten der Kontrolle über die Produkte als eine Menschheitsaufgabe zu erfassen, die wir beim besten Willen nicht in der Bundesrepublik alleine lösen können, die aber ein Element benötigen, das in diese Rich-

Friede mit der Natur

Carl Friedrich von Weizsäcker

tung geht. Es wäre für mich außerordentlich wünschenswert, wenn der Philosoph von Weizsäcker und nicht die Ökonomen in Stornberg das Wort in die Richtung dieser Weltedemokratie, ohne die wir nicht werden auskommen können, konkretisieren könnte. Weil ich meine, daß in dieser Perspektive eine Fülle von Konflikten der einzelnen Interessen zwischen der Ersten und der Dritten Welt eine Regulierung finden, auf die wir gemeinsamen Interessensausgleich benötigen.

Ökologie, das heißt Friede mit der Natur. Die Passagen des Entwurfs hierüber kann ich nur unterstreichen. Hier ist, einer heutigen deutschen Bewußtseinslage gemäß, mit Dramatik nicht gespart. Aber der Text sagt zu Recht: „Die Krise der Umwelt ist weltweit.“ Es wäre gut, wenn Sie Ihren Freunden in anderen Ländern dies Bewußtsein vermitteln könnten, denn auch die notwendigen Lösungen können in vielen Aspekten des Problems nur weltweit angefaßt werden. Es wendet sich wieder auf die internationale Szene, es geht nicht anders.

Das Energieproblem würde eine Diskussion für sich verlangen, die ich für den heutigen Tag nicht vorschlage. Der Wunsch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie ist eine begriffliche Reaktion, bedarf aber einer Ergänzung durch quantitativ diskutierte Alternativen. Fossile Brennstoffe sind selbst umweltgefährdend. Heute haben wir einen Energieüberschuß. Ich hätte ein

„Die Krise der Umwelt ist weltweit.“

Plädoyer gewünscht für — ich habe die Formel heute gelernt —, eine höhere Produktivität der Energie, was andere Leute etwas banaler Energiesparen nennen, nämlich die Möglichkeit des Energiesparens. Und ich hätte sogar ein Plädoyer gewünscht für eine bewußte drastische Steigerung des Energiepreises, auch wenn man sich damit politisch nicht nur Freunde macht, zumal nicht bei Autofahrern.

Christian Höfer Bürgermeister der Stadt Selb

Ich vermisse einiges im Energiebereich. Wir wissen alle, daß die Kinder sich schon ärgern, wenn die Felder vergiftet sind. Jetzt in der Zeit wird gedüngt. Sie wollen mal wieder blühende Wiesen sehen. Wir wissen, daß falsch gedüngt wird, nach dem Prinzip des Verdienens, aber die Verdrängung auf diesem Sektor ist so groß, daß die großen Agrarfabriken einfach das schlechte Beispiel liefern. Es zu lösen gibt es viele Möglichkeiten, das würde hier zu weit führen. Wir wissen, daß die Energiepolitik bei der SPD festgeschrieben ist: Ausstieg aus der Atomenergie. Wenn das so ist, dann muß im Programm eindeutig etwas drinstehen als Alternative. Wir wissen, daß die Fossilstoffe keine zwei Generationen mehr reichen. Das Godesberger Programm hat immerhin von 1959 bis heute gehalten. Wir werden im Jahr 2000 weder die Kohle noch das Öl noch das Gas in der Form verbrauchen können wie heute. Das heißt, es muß also umgedacht werden. Und wenn das so ist, dann sagt Prof. Bölkow, nehmt doch Wasserstoff. Allerdings fängt man wieder an in Neunburg vorm Wald — ähnlich wie mit dem Growian —, daß man nachweisen wird, das ist ja viel zu teuer, das geht nicht, das stimmt nicht. Wenn man natürlich in der Wüste Sahara eine Sammelstelle bauen würde und würde das alles mit einem Transport hier raufbringen, dann dauert das sehr sehr lange. Und es gibt durchaus Lösungen in der Kombination, bei denen durch Elektrolyse, durch Brennstoffzellen, durch Metallhydridspeicher in der Kombination mit Zuführung von Wasser unter Ausnutzung dessen, was schon im Netz vorhanden ist, sowohl gasseitig wie stromseitig, dazu führt, daß man verkünden kann, Umstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Ich würde bitten, daß das Wissenschaftler einmal durchdenken und es dann im Programm irgendwo seine richtige Stelle findet.

Oskar Lafontaine

Ich habe 1979 schon dafür plädiert, Godesberg zu erneuern, ökologisch zu erneuern. Mein Freund Horst Ehmke saß damals unter den Zuhörern. Willy Brandt hat noch damals die Auffassung gehabt, es müsse nicht erneuert werden, das Programm. Es gibt eine ganze Reihe von Gründen. Das Wort „Umwelt“ kommt in dem Godesberger Programm nicht vor. Ein Grundsatzprogramm einer Partei, in dem das Wort „Umwelt“ nicht vorkommt, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Und die Tatsache, daß das Wort „Umwelt“ dort nicht vorkommt, zeigt, daß auch die SPD in ihrer Programmatik, ihrem traditionellen Fortschrittsbegriff, ihrem traditionellen Wachstumsbegriff erheblich aufzuarbeiten hatte, auch im Grundsätzlichen. Und daher haben wir eben gesagt, wir müssen einen anderen Fortschrittsbegriff, davon war ja bereits die Rede, definieren. Fortschritt ist nicht mehr der Glaube, daß dies — die weitere Entwicklung der Produktivkräfte — also unbedingt zum Segen der Menschheit sei. Alle diese Glaubensartikel, die noch das Godesberger Programm atmet, stimmen nicht mehr, also müssen wir aus unserer Einsicht die Konsequenz ziehen.

Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft

Dieter Dahm Kulturladen Frankfurt

Da gibt es ein Zitat in diesem Programm: „Kunst ist kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft.“ Und damit meine ich auf Kultur überhaupt übertragen: sie ist es leider noch. Viele meiner Freunde, die Künstler sind, nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß ihre Arbeit, wenn der Satz nicht platt als Kunst am Bau gemeint ist, durchaus Schnörkel an dieser Gesellschaft darstellt.

Was kann die Partei selbst tun? Hier plädiere ich für den Begriff „Kulturarbeit“, weil unsere Ortsvereinsarbeit, unsere Parteitage, unsere Info-Stände, von monströser Abwesenheit jeglicher kreativer Leidenschaft nur so strözen. Und da möchte ich nicht im Programm wissen, was „Weltkultur“, europäische Kultur, deutsche Kultur und ähnliche blutleere Abstrakta sind, sondern was diese Partei an Kulturarbeit mit ihren Mitteln auch vor Ort selbst tun und besser machen kann.

Ich möchte noch etwas zur Parteilichkeit in „Irsee“ sagen: viele meiner Freunde — Rockkünstler, Maler, Autoren — wählten Streitgenossen sein der Unterdrückten, von der Maxhütte bis zu den Blechcontainern von Mexico City und den Sandsteinen. Die SPD hat die Möglichkeit, sich neue Freunde unter diesen Künstlern zu machen mit ihrem Pro-

„Kunst ist kein Schnörkel an der Fassade der Leistungsgesellschaft.“

gramm, in dem sie auch sagt, wer Feind von Mensch und Menschheit und wer ihr Gegner ist. Und in diesem ganzen Programm taucht dieser Gegner nicht auf. Taucht nicht auf, wozu wir den Konsens denn brauchen. Demokratischer Sozialismus ist populärer Sozialismus. Und Sozialismus wird durch Kulturarbeit populär. Darum ist populärer Sozialismus

Horst Ehmke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich gebe dem Genossen Dehm Recht. Es wird im Entwurf ein deskriptiver Kulturbegriff übernommen, in dem Sinne, in dem man von der Kultur einer Gesellschaft spricht — zu der auch der Kannibalismus gehören kann. Dann wird dieser umfassende Kulturbegriff still ins Normative gewendet und mit dem Unwort und dem Ungedanken einer „Kulturgesellschaft“ verbunden. Ich hoffe sehr, daß dieser Begriff wieder aus dem Programm verschwindet. Was aber das Normative betrifft, so erscheint Kultur als das Gute, Schöne und Wahre, das die SPD den unteren Volksklassen beibringen muß. Dabei wird u. a. versucht, z. B. Fußball und Rockmusik — denen bei Beschreibung unserer Massenkultur eine zentrale Rolle zuküme — an den Rand zu drücken. Einen umfassenden Kulturbegriff vom Deskriptiven ins Normative zu wenden, ist eben — bei Strafe von Geschmacksdiktatur und Schlimmerem — unzulässig.

Ein zweiter Punkt: Wir dürfen die Fragen der Kultur nicht immer nur wertmäßig und vernunftmäßig sehen. Eine der großen Schwächen der Linken — in romanischen Ländern weniger als bei uns — ist, daß wir keine Ästhetik und keine Sinnlichkeit in die politische Auseinandersetzung bringen. Gerade die Linke aber muß aufpassen, Aufklärung nicht zu Rationalismus verkommen zu lassen. Es wäre gut, wenn Sozialdemokraten realisiere würden, daß vieles Unbewußte in der Politik von den Konservativen leider besser angesprochen wird als von ihnen. Gerade in dieser Erweiterung ins Unbewußte hinein, jedenfalls ins Verständnis dafür hinein, liegt eine große Aufgabe für uns, wenn wir Menschen gewinnen wollen. Das geht nicht nur über den Kopf.

Erhard Eppler

Was verstehen wir Sozialdemokraten unter Kultur? Übernehmen wir, was natürlich den Künstlern eher entgegenkäme. den letztlich bürgerlichen Begriff vor: Wahren, Schönen und Guten, was die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte immer getan hat? Sie hat praktisch den bürgerlichen Kulturbegriff übernommen.

Was wir hier — sicherlich verbesserungswürdig — versucht haben, ist, einen völlig anderen Kulturbegriff zu nehmen. Nämlich zu sagen, Kultur ist das, was Menschen, ist die Form, wie Menschen ihr Leben und ihre Welt gestalten. Das heißt, dann gehört eben der Sport dazu. — Und das ist dann kein Witz, die Frage, wie wir Sport treiben, was der Sport für unsere Gesellschaft bedeutet, ist dann eine Frage der Kultur. Die Frage, wie Städte gebaut werden, ist eine Frage der Kultur.

Und wir gehen dann so weit und das ist vielleicht der revolutionärste Satz des ganzen Programms, natürlich ist das bisher nicht bemerkt worden: „Wir wollen keine von ökonomischen Interessen manipulierte Kultur, sondern eine Wirtschaft, die sich als Teil einer Kulturgesellschaft versteht und verhält.“ Wenn wir einen umfassenden Kulturbegriff haben wollen, dann müssen wir uns überlegen, wie wir den nun in die verschiedensten Bereiche unserer Gesellschaft bis hinein in die Sozialpolitik, Sozialpolitik ist auch noch ein Teil von Kultur, übersetzen.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Nun die Außenpolitik, d. h. Schaffung des Friedens. Ich rede von Schaffung, nicht von Bewahrung des Friedens; das ist der Absicht nach noch etwas stärker als der Satz des Entwurfes: „Wir werden den Frieden nur retten können, wenn wir Frieden stiften“. Ein richtiger Satz. Denn gegenwärtig wird im Süden immerzu Krieg geführt, und der Friede des Nordens, unter dem ungleichen Schutz der nuklearen Abschreckung, ist doch nur ein Waffenstillstand ohne Garantie seiner Dauer.

Es ist absurd, scheint mir, die radikale Verwandlung unserer Zivilisation durch moderne Technik zuzulassen, und dann die politische Organisationsform souveräner, zur Kriegsführung rechtlich legitimer Staaten beizubehalten. Die alte internationalistische Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hatte hier den Mut zur Utopie. Eine Übereinstimmung wieder mit den Äußerungen von Eppler, die nicht geplant war, aber ich spreche ja vom Mut zur Utopie. Sie erhoffte von der Verwandlung der Gesellschaft die Überwindung des Krieges. Einige ihrer

„Es handelt sich darum, die friedliche Kooperation zu erreichen, die nukleare Abschreckung überflüssig macht.“

militant-revolutionären Führer begriffen andererseits die seelische Inkonzistenz nicht, die in der Hoffnung lag, durch einen letzten Akt der Gewalt die Gewalt aus der Welt zu schaffen; diesen Selbstwiderspruch duldet unser Gewissen nicht, Blut schreit nach Blut, und solche Folgen hat man gesehen. Aber die heilsame Ernüchterung des sozialdemokratischen Revisionismus schwächte den Widerstand gegen herrschende nationale Vorurteile, denn man mußte sich ja demokratisch durchsetzen; die einsetz-

liche Kapitulation fast aller europäischen sozialistischen Parteien gegenüber dem naiven Aufblühen der Kriegsbegeisterung am Tage des europäischen Unheils, dem 1. August 1914, war die Folge. Das ist eben alles sehr ambivalent. Für uns ist die Atomwaffe, so sage ich gern, das letzte Weckersignal.

Kurz gesagt: In der Substanz bin ich mit diesen Abschnitten weitgehend einig; ich begrüße ausdrücklich, was Sie an sachlichen Vorschlägen vorbringen. Die Rhetorik hingegen finde ich teilweise unglücklich, weil sie ungenau ist und geeignet, Sachkenner, die Ihre Gesprächspartner sein könnten, abzustoßen.

Ich gehe den Text durch.

Im ersten Abschnitt ist die Rede von dem globalen Konflikt zwischen den Machtblöcken. „Er fand seinen gefährlichsten Ausdruck im wechselseitig angestachelten Bemühen, den anderen mit immer mehr, immer gewaltigeren und immer perfekteren Waffen zu bedrohen.“ Das ist sachlich gar nicht falsch. Aber es ist in jene vorwurfsvolle Sprache gekleidet, die uns in politischen Debatten stets verführt, den Bösewicht und nicht die objektiven Ursachen einer Fehlentwicklung zu suchen. Man konnte 1945 wissen — ich erlaube mir zu sagen, ich habe es damals gewußt —, daß der Hege-moniekonflikt der beiden einzigen übriggebliebenen Großmächte objektiv vorprogrammiert war, so wie es seit Jahrtausenden in der Weltgeschichte üblich gewesen ist. Man darf sich dazu bekennen, daß die hinter Ihrem Programm stehende Hoffnung, den kriegerischen Austrag dieses Konflikts für immer zu verhindern, die Hoffnung auf eine in der Weltgeschichte erstmalige, aber zu unserem Überleben notwendige Leistung ist. Die Atom Bombe war das Weckersignal. Die Programmkommission hätte sich im Text dazu bekennen dürfen, daß der Gedanke der gegenseitigen nuklearen Abschreckung ursprünglich die Absicht war, dieses Weckersignal zu benützen, um eine

Atempause von ein paar Jahrzehnten zu erreichen, in der niemand wagen würde, den Krieg anzufangen; eine Gnadenfrist, in der politische Lösungen genau der Art zu suchen wären, wie Sie sie anstreben. Das Wehrströmen, das Sie zutreffend schildern, erwies sich dann als Tragik der psychischen Unfähigkeit beider Weltmächte, bald mehr der einen, bald mehr der anderen, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, bedingt durch die gegenseitige Angst.

Es handelt sich also nicht primär darum, „alle Massenvernichtungsmittel abzuschaffen“; es handelt sich darum, die friedliche Kooperation zu erreichen, die unter anderem auch die nukleare Abschreckung als überflüssig erweisen wird. Denn die moderne Technik erfindet immer neue Möglichkeiten der Vernichtung. Man muß nicht den Wecker aus dem Fenster werfen und dann weiterschlafen; man muß aufwachen. Sie werden mir antworten: „Genau das meinen wir ja.“ Gewiß, aber überprüfen Sie Ihre Rhetorik, ob sie nicht dadurch unglaubwürdig wird, daß sie den Eindruck zu erwecken sucht, Sie seien die einzigen, die das wissen und wollen.

Nun aber meine sachliche Zustimmung. Sie bekennen sich zum Atlantischen Bündnis. „Das Bündnis muß verteidigungsfähig, entspannungsbereit und strikt defensiv sein.“ Sie schlagen die beiderseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit vor. Dieser Gedanke ist von entscheidender Wichtigkeit, denn er läßt sich heute, wenn man es will, technisch durchführen: volle Verteidigungsfähigkeit ohne Angriffsfähigkeit. Es gibt Kritiker, die das bestreiten, die z. B. sagen, dieselbe Waffe könne stets sowohl zum Angriff wie zur Verteidigung eingesetzt werden. Auch soweit dies für die einzelne Waffe, etwa eine zielgenaue Kurzstreckenrakete mit konventioneller Sprengladung, gelten mag, verkennt der Einwand, daß es sich nicht um einzelne Waffen, sondern um ganze Waffensysteme handelt, die langjährig de-

fensiv aufgebaut werden und dadurch nicht kurzfristig umfunktioniert werden können. Das Expertengespräch hierüber werden wir heute Nachmittag schwerlich führen können. Meine zustimmende Ansicht aber wollte ich aussprechen.

Ökologisch und sozial Wirtschaften

Carl Friedrich von Weizsäcker

Erlauben Sie mir noch einmal eine Gefühlsäußerung. Der Text des Entwurfs hat mich auch hier ein wenig an Eugen Roths zwei Verzeilen erinnert: „Schon damals stand, nebst manchem Schiefen, viel Wahres in den Hirtenbriefen.“

Verbesserungen im Sozialstaat, Verteidigung sozialer Errungenschaften. Die Verbesserungen können strukturell, aber kaum mehr quantitativ sein. Die Sozialdemokratie muß sich darüber im klaren sein, daß sie mit dem Sieg ihres Prinzips zugleich das Marktprinzip unwiderruflich anerkannt hat. Dies ist ein innenpolitisches Faktum, unabhängig davon, ob man sich darüber freut oder grämt.

Subjektiv freue ich mich darüber, bin aber bereit, freundschaftlich mit demjenigen davon zu reden, der sich darüber grämt, und mit ihm verbessernde Kompromisse zu suchen. Ich freue mich, denn ich halte das Prinzip des freien Marktes für eine der bewahrenswerten

„Eine Alternative zum Markt ist nicht absehbar.“

liberalen Errungenschaften. Es wurde einst durchgesetzt gegen absolutistische Bewundung, es ist erkennbar besser als die Bürokratie des sogenannten „real existierenden Sozialismus“, denn es spricht den Verstand und die Initiative aller einzelnen an. Seine Schwächen und Gefahren sind erkennbar und sind im liberalen Staat, aber auch nur in diesem, diskutierbar.

Auch wer sich grämt, wird nicht leugnen können, daß eine Alternative zum Markt auf absehbar nicht durchgeführt werden kann. Ich schildere meinen subjektiven Eindruck vom Sturz der Regierung Schmidt im Spätsommer 1982. Nach meinem Eindruck war dieser Sturz praktisch erzwungen durch die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des sozial-

demokratischen Parteitag in München im April 1982, von denen jedermann wußte, daß der liberale Koalitionspartner sie nicht akzeptieren konnte. Sie waren de facto die Aufkündigung der Koalition durch die Mehrheit der SPD, die nur die durch Weigerung Schmidts, die Beschlüsse ins Kabinett zu übernehmen, um ein halbes Jahr hinausgezögert wurde. Es war die Aufkündigung des einzigen Kurses, mit dem die SPD regierungsfähig war. Bitte wiederholen Sie solche Fehler nicht.

Karl Schiller Bundesminister a. D.

Herr von Weizsäcker hat das Marktprinzip als unbedingt notwendig für die Programmatik der SPD herausgestellt. Ich möchte ihm natürlich nachdrücklich zustimmen in dieser Auffassung. Ich möchte hinzufügen, in dem neuen Entwurf eines Grundsatzprogramms der SPD ist in diesem Punkte des marktwirtschaftlichen Prinzips ausdrücklich auf Godesberg verwiesen worden, und insofern ist die Kontinuität gewahrt. Doch ich muß ein „Aber“ hinzufügen. Es sind ein paar neue Randbedingungen in bezug auf eine marktwirtschaftliche Politik angeführt in dem Entwurf. Zum Beispiel die Rahmenplanung, die ja auch als solche unschädlich ist, aber dann wird hinzugesetzt: unter Hinzuziehung der Gewerkschaften. Das heißt die ganze Sache, diese Rahmenplanung, bekommt für den Leser eine korporativistische Verkleidung. Und korporativistische Instrumente sind genau gesehen mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip sehr schwer vereinbar, und ich möchte da an dieser Stelle warnen. Ich würde diese zusätzlichen Randbedingungen, die man für eine marktwirtschaftliche Politik in dem Entwurf angeführt hat, etwas loszer fassen.

Richard Löwenthal Politologe

Wir haben Übereinstimmung in der Erfahrung, was in der internationalen Wirtschaft seit 1972 grundsätzlich schiefgegangen ist, weil die alten Grundlagen des Keynes-Systems in Amerika kaputtgemacht wurden. Davon sind wir nie wieder freigekommen. Wir haben die Erfahrung von Helmut Schmidts Versuch, nach dieser Zeit zu neuen Methoden zu kommen. Manchmal erfolgreich, manchmal weniger erfolgreich. Wir haben dann die Geschichte gehabt, auf die Sie hingewiesen haben, von Helmut Schmidts letztem Versuch. Dieser letzte Versuch war nicht ein Versuch des Zwingers der Industrie. Er war ein Versuch, größere Gelder der Regierung einzusetzen, um trotz der Schwierigkeiten der Industrie die Produktion aufrechtzuerhalten. Das war ökonomisch nicht unmöglich. Es lief aber zusammen mit dem Streit zwischen der FDP, die kritisch war gegen die Haltung der SPD, aber nicht von Helmut Schmidt in der Frage der Rüstungspolitik. Die FDP hat sich gegen diese ökonomische Politik, die damit gar nichts zu tun hatte, gewandt, weil sie den Bruch mit der SPD erzwingen wollte wegen der Außenpolitik. Man muß verstehen, daß es sich in dieser Außenpolitik darum handelte, daß das, was Helmut Schmidt gewollt hatte und mit Grund gewollt hatte, nämlich eine gemeinsame Politik der beiden Großmächte für die Begrenzung der neuen Waffen, durch die Haltung beider Großmächte sabotiert wurde. Während Helmut Schmidt versuchte, bis zuletzt gegen diesen destruktiven Kampf zu kämpfen, haben die anderen Parteien einschließlich der FDP gesagt, wir können das nur aushalten, wenn wir diese neuen Waffen mitmachen. Das ist der Grund gewesen und nicht eine andere Wirtschaftspolitik, die damals zu der Krise führte.

Philip Rosenthal Unternehmer

Ich bin Besucher der Kommunikation des Parteivorstands, ein bisschen unverständlich. Ich nehme an, Kommunikation ist hauptsächlich Verständlichkeit, und Voltaire hat es so gehalten, daß wenn er etwas geschrieben hat, er es erst seiner Haushälterin vorgelesen hat, und wenn die es nicht verstanden hat, dann hat er es umgeschrieben. Und ich glaube, es scheint mir ein wichtiger hat für die spätere Programm-Kommission zu sein, daß sie einige „Haushälterinnen“, Journalisten, einbezieht, denn es ist ja entscheidend, daß nicht nur wir und andere Intellektuelle, sondern daß der Großteil der denkenden Bevölkerung versteht, was wir mit dem Programm meinen.

Wir brauchen eine neue Vision, um gerade die Leute mitzureißen, die noch nach vorne denken und sich noch für was einsetzen wollen. Und erkannt im Parteivorstand eine Programmkommission, aber noch eben nicht genügend herausgestellt, in der Fraktion, ist, daß wir eine Vision haben, nämlich die Demokratisierung der Wirtschaft. Das heißt, den einzelnen Arbeitnehmer wieder echt zu beteiligen, durch Mitbestimmung am Mitreden, am Sagen und durch eine Umverteilung des Besitzes am Haben zu beteiligen, also die Vermögensbildung. Die Mitbestimmung als solche ist ein wirkliches Mittel gegen eine der größten Krankheiten unserer Zeit, nämlich die Anonymität, das Verwaltetwerden, das Verreistwerden anstatt selber zu reisen, das Selber-dabei-Sein und mitzudenken ist ein großer Teil dieser Vision, und die Beteiligung am Besitz ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit, denn jeder primitive Wirtschaftler weiß, daß durch Nominallohne allein eine Umverteilung nicht möglich ist. Wenn die Löhne zu hoch steigen für unsere Tassen und Teller, dann können wir entweder nichts mehr investieren und das Unternehmen geht baden, oder wir erhöhen die Preise, und dann wird dem Arbeitnehmer aus der Preistasse herausgezogen, was er in die Lohnkasse hineinbekommen hat. Das

heißt, eine Umverteilung des Besitzes ist auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Das Schöne an dieser Vision einer Beteiligung des Arbeitnehmers am Sagen und Haben ist auch, daß dies in unserer Partei einigend ist. Denn dafür setzen sich stark ein, ich will jetzt die Vorsitzenden nicht nennen, so verschiedene Leute wie ein Hermann Rappe, ein Wolfgang Roth oder ein Oskar Lafontaine. Das ist also eine einigende Sache, eine nach vorne führende Sache, es ist nicht strittig, aber es ist eine Vision der Überwindung der Anonymität und der Gerechtigkeit, die wir sehr viel stärker herausstellen und durchsetzen sollten.



Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Carl Friedrich von Weizsäcker

Der Markt hat sich bisher in allen großen Industriestaaten unfähig erwiesen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Ich habe sie heute Vormittag als Spitze eines Eisberges bezeichnet, als den Ausläufer, den das ungeheure soziale Elend in den südlichen zwei Dritteln der Menschheit in die Länder der nordwestlichen Herren der Welt entsendet. Diese Parallelisierung zweier scheinbar verschiedene Phänomene bedarf wohl einer Erklärung. Ich habe heute früh den Satz Ihres Entwurfs zitiert, daß die Sozialdemokratie die Durchsetzbarkeit der sozialen Anliegen der alten Arbeiterbewegung nur durch die Demokratie erkannt habe. Die Parallele nun ist: Die Armen des Südens leben nicht in einem weitläufigen Staat, in dem sie ihr Anliegen demokratisch durchsetzen könnten, ihre Nationalstaaten stehen selbst im Überlebenskampf des internationalen, durch keine übergeordnete Instanz regulierten Wettbewerbs. Die Arbeitslosen unserer reichen Staaten aber sind eine Mehrheit, die ihr Anliegen in unserer Mehrheitsdemokratie nicht gegen die Interessenvertretungen der saturierten Mehrheit durchsetzen kann. Der Programmwurf, über den wir heute reden, spricht dieses Problem natürlich an. Ich bin bereit, Ihnen den Kredit der subjektiven Ehrlichkeit zu geben, aber nicht den Kredit des vollen Durchblicks. Ich versuche, meine Analyse zu skizzieren.

Es ist heute evident, daß Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Denn die Produktivität der Arbeitsstunde nimmt im Durchschnitt etwa mit dem Prozentsatz zu wie das Bruttosozialprodukt; die Nachfrage nach Arbeit kann also durch Wirtschaftswachstum im statistischen Mittel nur gerade konstant gehalten werden. Die Industrie ist überzeugt, daß sie durch die ständig steigenden Löhne zu ständigen Rationalisierungen gezwungen wird; die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die zur Forderung stehenden Löhne angesichts der Gewinne der Industrie berechtigt sind. Beide

Verhandlungspartner, aufeinander fixiert, erzeugen so objektiv die Unmöglichkeit, die Arbeitslosen durch neue Nachfrage nach Arbeit wieder einzugliedern; sie erzeugen diese Situation objektiv, auch wenn sie subjektiv etwas anderes wünschen und diesen Wunsch mit einiger Ehrlichkeit aussprechen.

Die Arbeitslosigkeit in unseren Ländern wäre aber vielleicht schon durch kleinere Schritte abzubauen. Die Schweiz hat eine sehr viel geringere Arbeitslosigkeit

„Der Markt hat sich unfähig erwiesen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden.“

als wir, und asketisch leben die heutigen Schweizer nicht. Aber die Verhandlungsumgebung zwischen den Tarifpartnern ist dort nicht die eines Machtkampfes, und Abschlüsse sind individueller, also situationsangepaßter. Ich glaube, auch die SPD und die ihr nahestehenden Gewerkschaften sollten empfindlich sein für den Nutzen solchen Verhaltens.

Dieter Mertens

Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung a. D.

Ich habe Schwierigkeiten zu verstehen, was genau im Entwurf der Stellenwert des Vollbeschäftigungsziels ist. An zwei Stellen ist vom Recht auf Arbeit die Rede, an einer davon sogar vom Menschenrecht. Es wird aber nicht vorgeschlagen, dieses Recht in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufzunehmen und auch nicht, an welche anderen Schritte gedacht ist, um dieses Recht zu verwirklichen. Ähnliches gilt übrigens für das Recht auf einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen, von dem auch nur annäherungsweise erwähnt wird, es soll ja derartiges angestrebt werden. Das Recht auf freie Wahl des Arbeits- und Ausbildungsplatzes, das im Grundrechtskatalog steht, ist bekanntlich seit mehr als 10 Jahren so erheblich ausgehöhlt, daß über diesen Grundrechtstitel gesprochen werden muß.

An verstreuten Stellen findet man aber Hinweise auf eine ganze Menge Skepsis der Verfasser, ob man überhaupt im Hinblick auf Vollbeschäftigung viel erreichen kann. Die positiven Absichtserklärungen haben demgegenüber meist sehr deklamatorischen, aber wenig konkreten Charakter. Konkret stehen an verschiedenen Stellen abwehrende Formeln. An einer Stelle, daß Wachstum nötig zur Herstellung von Vollbeschäftigung aber nicht genügend tauglich sei, an einer anderen, daß Arbeitszeitverkürzung nötig sei, man sich aber auch davon keine Lösung des Beschäftigungsproblems versprechen dürfe. An einer dritten Stelle werden Politiken längerfristiger staatlicher Nachfragesitzung als ungeeignet benannt. (Auch das Programm Umwelt und Arbeit will ja nicht mehr als 20 % der Arbeitslosigkeit beheben, wenn es voll verwirklicht wird.) Dies kann einen Leser nicht zufriedenstellen, der die Massenarbeitslosigkeit nach wie vor als eine Haupttherausforderung ansieht.

Auch die wissenschaftliche Diskussion über die mögliche Unvermeidbarkeit

Karl Schiller
Bundesminister a. D.

von Arbeitslosigkeit innerhalb des Systems, die ja anschwilt, sollte in den Entwurf noch systematisch und präzise eingearbeitet und nach Möglichkeit beantwortet werden. Denn auch Bekenntnisse der Unantastbarkeit der Marktwirtschaft, die sich reichlich finden, müssen vor diesem Hintergrund ausgeleuchtet werden. Ich wünsche mir also einen Textabschnitt, der sich geschlossen und konkret mit der Vollbeschäftigungsfrage und mit dem Recht auf Arbeit befaßt. Ich plädiere dabei nicht für einen Patentrezept-Katalog, sondern nur für ein größeres politisches Gewicht, und ich frage, wer, wenn nicht die SPD, soll so etwas in ihr Programm aufnehmen, sie will ja mehr sagen als: „Weiter so.“

Eine Arbeitszeitverkürzung von 40 Stunden auf 35 mit einem Schlage, mit vollem Lohnausgleich, würde nach Adam Riese eine Lohnerhöhung pro geleisteter Arbeitsstunde von 11 Prozent bedeuten. Und die 2,5 Prozent Produktivitätszuwachs, die wir haben, die reichen eben nicht, um 11 Prozent Lohnsteigerung zu finanzieren. Also so geht es nicht, es geht nur sehr langsam im Entwicklungsprozeß.

Zum zweiten möchte ich zur Beschäftigungspolitik nochmals sehr deutlich sagen: Wir haben V.a.1. Beschäftigung gehabt, etwa vom Jahre 1960 an. Sie ist dann Mitte der 60er Jahre in Schwierigkeiten geraten und wir haben die Sache dann verlängert, diese Phase der Vollbeschäftigung, wir Sozialdemokraten in der Regierung, bis etwa Mitte der 70er Jahre. Das war eine Vollbeschäftigungspolitik etwa nach Keynes, d. h. Nachfragepolitik. Sie wurde dann durch die Macht der weltwirtschaftlichen Angebotschocks verunmöglicht und durch die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen. Und in dieser Phase der Angebotschocks von der Energieseite, der Strukturwandlungen im weltwirtschaftlichen Rohren und der noch hinzukommenden Währungsinstabilitäten befinden wir uns konjunkturpolitisch und konjunkturell in einen längerfristigen Abschnitt des schwachen Wachstums aber nicht etwa voller Rezession. Paradoxerweise würde Keynes erst wieder anzudehnen sein im Falle der richtigen Rezession. Und aus allen diesen Gründen können wir eine Vollbeschäftigungspolitik in diesem Sinne unter den jetzigen Umständen nicht versprechen. Und ich warne hier davor, daß im Entwurf etwa in Richtung Vollbeschäftigung die Versprechungen zu weit gehen würden.

Michael Gewenich
Direktor der Gewerkschaftsbund

Herr von Weizsäcker, Sie haben etwas hart die praktische Tarifpolitik angegangen, dies ist Ihr Problem. Aber ich will es mal versuchen, sie mit Ihren eigenen Worten zu rechtfertigen. Arbeitszeitverkürzung ist in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit eine marktwirtschaftliche Lösung, die Sie eben so hoch gelobt haben. Wenn nämlich Arbeitskraft im Überfluß da ist, muß man sie verknappen, dies sind die Marktgesetze, um mehr Menschen Arbeit zu verschaffen. Und genau nach dieser Philosophie sind die Gewerkschaften bei ihrer Tarifpolitik vorgegangen. Aber Sie tun meiner Partei, der ich ja auch angehöre, bitter Unrecht. Die beiden Organisationen sind voneinander so getrennt, daß die Meinungsbildung über die praktische Politik nicht in der Enge verläuft, wie Sie sie mit dem einfachen Wort „sind ja gut mit dem Gewerkschaften“ versucht haben darzustellen. Ich will Ihnen zum Faktischen noch sagen, neben der marktwirtschaftlichen Lösung stimmt auch Ihre Kostenrechnung nicht; denn Sie müssen einmal sehen, daß die Möglichkeit höhere Löhne, einfache Lohnerhöhungen, in größeren Prozentzahlen möglich gewesen wäre, hätten wir auf das Instrument der Wochenarbeitszeitverkürzung verzichtet. Das heißt, der Unternehmer hat das nicht aus Kostengründen abgelehnt, sondern aus den Gründen, daß er einfach aus Prinzip nicht etwa voller Rezession. Paradoxerweise würde Keynes erst wieder anzudehnen sein im Falle der richtigen Rezession. Und aus allen diesen Gründen können wir eine Vollbeschäftigungspolitik in diesem Sinne unter den jetzigen Umständen nicht versprechen. Und ich warne hier davor, daß im Entwurf etwa in Richtung Vollbeschäftigung die Versprechungen zu weit gehen würden.

man in die Sozialgeschichte schaut, das war am Ausgang des Krieges, es gab andere Voraussetzungen und in konservativ strukturierten Ländern hält sich so etwas eben lange. Aber es ist ja kein Wunder, daß genau die deutsche Unternehmenseite beginnt, so den solungsvollen Frieden zu propagieren nach dem Motto „Laßt uns doch mal ein paar Jahre Frieden halten, dann werden wir sehen, ob wir weiterkommen“. Und genau dies ist der Unterschied, den die Gewerkschaften in der Bundesrepublik deshalb nicht akzeptieren können, weil zur Zeit das Ungleichgewicht sich zwischen Kapital und Arbeit ständig zugunsten des Kapitals vergrößert und ich denke, daß es schon eine konkrete Hoffnung ist, wenn meine Partei sagt in ihrem Programmentwurf — und dies auch hoffentlich durchsetzt —, daß genau in diesem Punkt sie andere Vorstellungen hat, als konservative Kreise sie propagieren. Meine letzte Bemerkung: In der Schweiz wären 5 Prozent Arbeitslosigkeit mehr, dies ist eine Berechnung, nicht von mir, wenn sie nicht in menschenverachtender Weise so verfahren würde, daß Menschen nur dreiviertel Jahre dort arbeiten dürfen, dann nach Hause gehen müssen, ein Viertel Jahr und sich dann wieder anmelden und wiederkommen. D. h. es sind keine Vollarbeitskräfte, fragen aber zur Struktur und zum Gelingen der Schweizer Wirtschaft in dieser Form bei. Ein Umstand, den man beachten müßte. Und es hat Versuche gegeben per Volksabstimmung in der Schweiz die Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden zu verkürzen. Hier ist mit massivster Propaganda des Kapitals eine Volksstimmung erzeugt worden, daß keine Chance bestand, diese Dinge so zu regeln. Ein Umstand, der bezeugt, daß man die Vereinbarung zwischen Tarifvertragsparteien nicht durch Volksabstimmungen lösen kann. Das hat überhaupt nichts mit Demokratie zu tun, sondern ist ein Ablenken von den Kreisen, die sich um diese Dinge eigentlich zu kümmern haben.

Otto Kreye

Sternberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen

Wenn die SPD ein konsistentes Programm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit vorlegen würde und deutlich machen würde, daß sie gewillt wäre, ein solches Programm, sollte sie die parlamentarische Mehrheit erhalten, konsequent durchzusetzen, dann würde sie von einer Mehrheit gewählt werden und dann wäre sie auch in der Lage, ein Programm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durchzusetzen. Ein solches Programm hätte vor allem darin zu bestehen, die aus den Möglichkeiten der Rationalisierung sich ergebenden Vorteile für produktivere und effektivere Produktion von Waren und Dienstleistungen gesellschaftlich sinnvoll zu nutzen. Das hieße: öffentliche Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung, reale Einkommenssteigerungen und Ausbau des Sozialstaates. Durch Rationalisierung werden die Industrieländer nicht ärmer, sondern potentiell reicher. Eine gesellschaftlich sinnvolle Nutzung des potentiellen Reichtums erfordert allerdings Eingriffe in die Sachzwänge des ökonomischen Systems. Die SPD könnte mit einem überzeugenden beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Programm die parlamentarische Mehrheit gewinnen.

Richard Detje

Buchhändler

Wenn gesagt wird, daß man Arbeitszeitverkürzung nicht bei vollem Lohnausgleich machen kann, dann muß ja die zugrundeliegende Feststellung die sein, daß dadurch faktisch die Unternehmereinkommen, die Gewinneinkommen derart geschmälert werden, daß die zukünftigen Investitionsfonds nicht mehr ausreichen werden. Ist das empirisch verifizierbar bzw. wenn man der Auffassung ist, muß man dann auch nicht eine Passage des Programms genauso reinschreiben, wo es heißt, wir müssen reichlich vorhandenes Kapital so lenken, daß es zur Befriedigung gesellschaftlicher individueller Bedürfnisse dann auch tatsächlich dient? Die andere Aussage, wir können keine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich machen, steht im Gegensatz zu der Aussage im Programm, es ist reichlich Kapital da, wir müssen es lenken.

Oskar Lafontaine

Ich stimme absolut zu, wenn man sagt, die Massenarbeitslosigkeit mit den gewohnten Instrumentarien ist nicht etwa kurzfristig zu beseitigen, daß man da die Leute nicht belügt und sich aufplustert und sagt, wir haben jetzt ein Rezept gefunden. Kürzlich hat mir ein französischer Sozialist gesagt, die Konservativen wissen nicht, wie sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen können, sie haben kein Konzept. Dann hat er eine Pause gemacht und gesagt, aber wir haben auch keins. Also, zumindest sollte man sich dann nicht aufgeplustert den Anschein geben, man hätte dies einigermaßen im Griff, wir wollen das Kapital dann richtig steuern. Wir haben eben internationale Märkte und da sehen wir ganz dumm aus, wenn wir den Eindruck erwecken, als könnten wir das. Das Kapital wird dort, wo die höchste Rendite erwirtschaftet wird, hinlaufen, so unermüdlich das ist, und wird sich nicht dem Willen der deutschen Sozialdemokratie oder sonst einer Regierung fügen. Damit haben wir uns auseinandersetzen und daher habe ich nur den Hinweis gegeben.

Anke Fuchs

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich hatte mir geschworen, mich heute nicht zu melden. Aber nachdem es hier heute Nachmittag so aussieht, als ob wir das Ziel der Vollbeschäftigung aufgeben wollen und über Recht auf Arbeit nicht mehr zu reden in der Lage sind, möchte ich hier doch einmal einhaken. Ich glaube nicht, daß wir adelig sind, sondern ich glaube, daß die Menschen in unserem Lande zunächst einmal Arbeit brauchen, weil sie ihren Lohn verdienen müssen und weil sie Unterhalt brauchen. Deswegen finde ich für unser Selbstverständnis, auch für unser Zukunftsprogramm, ganz wichtig, daß die Frage, wo kann ich mit Arbeit, sei es Hand- oder Kopfarbeit, meinen Lebensunterhalt verdienen, Priorität haben muß. Deswegen bin ich immer sehr allergisch, wenn man Arbeit anders definiert, weil man dann nicht mehr die Kraftanstrengung machen muß, für bezahlte Arbeitsplätze zu sorgen. Und deswegen werde ich mich dagegen sehr wehren. Es ist mir eigentlich auch egal, ob der Keynes heute noch funktioniert oder nicht, sondern ich stelle mir die Frage, gibt es eigentlich in unserer Gesellschaft keine Notwendigkeit von Arbeit mehr? Und da will ich jetzt, auch in dieser Grundsatzdebatte, sagen: Entweder bleiben wir Sozialdemokraten dabei, daß auch Frauen z. B. ein Recht auf Arbeit haben, dann müssen wir für Arbeitsplätze sorgen und dann hat die Schaffung von Arbeitsplätzen auch Vorrang und das hat dann mit unserer Politik zu tun. Da kommt nämlich die Frage, wie sieht eine Steuerpolitik aus, die Arbeitsplätze schafft, wie sieht eine kommunale Finanzpolitik aus, die Arbeitsplätze schafft, wie sieht eine Sozialversicherungspolitik aus, Stichwort Geringfügigkeitsgrenze 430 DM, die Arbeitsplätze schafft? Können wir uns nicht zutrauen, soziale Dienste zu organisieren, bräuchten wir nicht eigentlich eine finanziell unterstützte massive Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst, damit nicht z. B. eine ganze Wirtschafts- und Lehrgeneration vor der Tür stehen bleibt? Das sind auch Ar-

beitsplätze, auch neue. Also ich will um Phantasie bitten und um Kreativität ringen und uns bitten, uns nicht darauf zu verlassen, daß die Wirtschaftspolitiker diese Chancen der Arbeitsplätze für uns lösen können.

Letzte Bemerkung: Wenn wir uns das nicht zutrauen, dann allerdings formulieren wir das so: Ehrenamt ist auch ganz schön, laßt die Frauen Ehrenamt machen, die Männer erhalten noch Beschäftigung, die Unternehmer verdienen sich dumm und dösig, so etwas wie Wertschöpfungsbeitrag fällt auch weg. Lassen wir es also so laufen, wie es ist. Dann hat dies aber auch Konsequenzen, die Geld kosten. Dann müssen wir sagen: Arbeit und Einkommen und soziale Sicherungssysteme werden entkoppelt. Dann bekommt jeder 1000 DM in die Hand und er möge damit selig werden. Das wäre die Konsequenz, denn wir Sozialdemokraten können niemals sagen, Du hast zwar keinen Arbeitsplatz, bekommst aber auch kein Geld. Also wer dann soziale Arbeitsplatz hat, braucht eine soziale Mindestsicherung. Ich will nur meinen Widerstand dagegen anmelden, daß wir bitte nicht alle adelig sind und auch nicht werden.

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Aloys Schwartz

Betriebsratsvorsitzender
Messerschmidt-Bölkow-Block

Bitte schreibt dieses Programm so, daß es normale Menschen auch verstehen können und verinnerlichen. Ich habe mir dieses Programm von A-Z durchgelesen. Zum Kapitel neun, natürlich als Betriebsrat besonders herausgefordert, hätte ich vieles zu sagen. Zwei Sätze: Mir ist in diesem Kapitel zu viel drin. Die Arbeit wird hier zu sehr verschönt. So schön ist die Arbeit gar nicht, wie sie hier dargestellt wird. Das ist das erste. Man muß also verdeutlichen, daß Arbeit noch wie vor für die Masse der Menschen eine ganz harte Knochen-sache ist. Das zweite, nur eine Feststellung, was mich überrascht, daß man diese Arbeitszeitverkürzung so verinnerlicht hat, daß man glaubt, durch Arbeitszeitverkürzung könnte man keine Arbeitsplätze schaffen. Meine Herren Professoren und Wissenschaftler, dann bitte gehen Sie in die Betriebe hinaus. Wir haben bewiesen und wir haben in unserem Personalplan festgelegt für nächstes Jahr und haben haargenau die Arbeitsplätze herausgearbeitet, die durch die Arbeitszeitverkürzung ab 1. April nächsten Jahres herauskommen und die werden, meine Herren und Herr von Weizsäcker, zusätzlich geschaffen. Damit das klar ist, hier ist ein Mittel vorhanden, nur darf man den Gewerkschaften nicht die Aufgabe zuordnen, der Ersatz für die Politik zu sein. Das Primat der Politik muß sein, hier die Ränge zu schaffen und nicht die Gewerkschaften. Und noch ein Wort zu Technik und Politik: Da kann ich Ihnen sagen, wenn es der Politik, dem Primat der Politik nicht gelingt, die Technik zu beherrschen, wenn man die Technik nach wie vor den Technikern und den Wirtschaftskapitänen überläßt, wird es also das schönste Programm und der beste Wille nicht fertigbringen, hier eine Veränderung für die Zukunft herbeizuführen.

Oskar Lafontaine

Seit Jahrtausenden steht die Technik im Dienste des Menschen. Insbesondere in den letzten 100 Jahren hat die Technik zu gewaltigen Errungenschaften geführt. Die mittlere Wochenarbeitszeit ist von 85 Stunden im Jahre 1850 auf unter 40 Stunden gesunken. Und das allgemeine Wohlstandsniveau hat sich beträchtlich erhöht. Die mittlere Lebenserwartung der Menschen hat sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr als verdoppelt. Mehr oder weniger intensiv wurde im Verlaufe der Geschichte darüber gestritten, wie man mit der Technik verantwortlich umgehen sollte. Die Fähigkeit zur Verantwortung, eine ethische Fähigkeit, beruht auf der Befähigung des Menschen, zwischen Alternativen des Handelns mit Wissen und Wollen wählen zu können. Es liegt im Wesen der Technik, daß sie zum Erreichen bestimmter Zwecke und Ziele alternative Möglichkeiten anbietet. Der seit Jahren

„Welchen Beitrag leistet die Technik zur Freiheit des Menschen?“

heftig geführte Streit um die bestmögliche Energieversorgung ist ein gutes Beispiel für die Vielfalt technischer Möglichkeiten. Die Palette der Möglichkeiten reicht von der Energieeinsparung, die wir besser eben in Wirtschaftskreisen Wachstum der Energieproduktivität nennen, über die umweltfreundliche Nutzung fossiler Brennstoffe bis zu Kern- und Sonnenenergie. Da es fraglich ist, ob unser Wissen über die mit dem hochradioaktiven Material verbundenen Gefahren ausreicht, um verantwortlich entscheiden zu können, hat sich die SPD gegen die Technik der Stromerzeugung aus Kernreaktoren und für die anderen Energietechnologien entschieden. Der in der Debatte um die Nutzung der Kernkraft immer wieder erhobene Vorwurf der Technikfeindlichkeit, fällt auf seine Urheber zu-

rück, beweist er doch nur, daß diese das der Technik innewohnende Moment alternativer Lösungsmöglichkeiten vorkennen und ebenso übersehen, daß ein verantwortlicher Umgang mit der Technik auch das Wissen um die Folgen zur Voraussetzung hat. Wenn in der Technikdebatte die ethische Kategorie der Verantwortung so häufig gefordert wird, denkt die Partei der Freiheit — Freiheit im Unterschied zum bürgerlichen Freiheitsbegriff bei uns definiert als Freiheit mit dem anderen — also die deutsche Sozialdemokratie immer daran, daß die Verantwortung, die Freiheit zur Schwester hat. Zum entscheidenden Kriterium für einen verantwortlichen Umgang mit der Technik wird damit die Frage, welchen Beitrag die Technik zur Freiheit des Menschen leistet. Technik ersetzt in großem Umfang menschliche Arbeit. Besonders im Bereich der Erwerbsarbeit wird menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt. Allerdings hat die Technik ein Janusgesicht. Auf der einen Seite befreit sie die Menschen von anstrengender und schwerer Arbeit, bewirkt so eine Humanisierung der Arbeitsplätze und erhöht die Freiheit. Auf der anderen Seite führt sie auch zur Monotonie in der Arbeit, im Produktionsprozeß, zur ungewollten Freizeit, zur Arbeitslosigkeit. Als Arbeitslose stigmatisiert, erfahren die Menschen die Freisetzung von der Arbeit, aber nicht als Befreiung, sondern als soziales Elend. Mit André Gorz müssen wir daher heute fragen: Führt die dritte industrielle Revolution in die Gesellschaft der Arbeitslosigkeit oder in die Gesellschaft der Freizeit? Wird sie den Menschen von verkrüppelnder Arbeit befreien oder wird sie ihn noch mehr verkrüppeln, indem sie ihn zu erzwungener Untätigkeit verdammt? Muß der Mensch überhaupt zu seiner Identitätsfindung zu einer selbstverantwortlichen Existenz unbedingt einer Erwerbsarbeit nachgehen?

Wolfgang Däubler

Universität Bremen

Erstens: Wer entscheidet eigentlich über die Entwicklung und den Einsatz neuer Techniken? Der Status quo sieht so aus, daß darüber in den Direktionsgängen deutscher und multinationaler Unternehmen und in den Ministerien entschieden wird, die über Technologieförderung befinden. Wie soll eine demokratische Struktur aussehen? Muß das Parlament nicht die Leitentscheidung treffen? Wäre das Parlament aber nicht überfordert, wenn es mehr als die Leitentscheidung treffen würde? Müssen wir nicht eine Struktur von relativ autonomen Ausschüssen oder anderen Gremien finden, die in der Lage wären, Technologiepolitik ganz bewußt nach politischen Prioritäten und nicht allein nach Marktgesichtspunkten zu betreiben?

Ein zweites Problem, das ich habe: Es gibt gerade im Bereich Technik sehr viele irreversible Entscheidungen. Man hat es diskutiert im Zusammenhang mit dem Atommüll, den man ja nicht sogleich wieder los wird, man findet aber dasselbe Problem auch bei der Gentechnologie, man hat es auch bei Informationstechnologien, wo einfach aufgrund ökonomischer Zwänge einmal eingeführte Systeme nicht wieder beseitigt werden können.

Frage zwei also: Reichen für Entscheidungen, die das Leben künftiger Generationen ganz entscheidend strukturieren, die heutigen institutionellen Voraussetzungen aus? Genügt ein einfacher Parlamentsbeschuß dafür, daß wir auf zwanzigtausend Jahre hinaus radioaktives Material zu versorgen haben?

Drittes Problem: Ich teile voll die gentechnologische Perspektive, etwa das Verbot des Klonens von Menschen. Nur: was tun wir eigentlich, wenn in irgendeinem anderen Land, das uns befreundet oder weniger befreundet sein kann, genau das passiert, was wir hier nicht wollen? Leute, die das nötige Geld haben, werden dann dort hingehen und

sich diese Formen der Technik zunutze machen.

Schließlich viertes Problem: Ich fände es sehr gut, wenn der Begriff „sozialverträgliche Technik“ zumindest im Hinblick auf bestimmte Kriterien konkretisiert werden könnte. Was versteht man eigentlich genau darunter? Die Partei muß mit ihrem Grundsatzprogramm einen gesellschaftlichen Zustand anbieten, der attraktiv ist, wo der einzelne das Gefühl hat, in einer solchen Gesellschaft will ich gerne leben. Das ist die Voraussetzung dafür, daß man sich auch engagiert. Und hier sind sozialverträgliche Techniken ein ganz wesentlicher Lebensbereich.

Oskar Lafontaine

Ich will versuchen, in aller Kürze darauf einzugehen. Die erste Frage war, wer entscheidet eigentlich und ich habe beim Nachdenken über diese Frage den Eindruck gehabt, daß wir es uns deshalb manchmal etwas zu einfach machen, weil wir in den alten Kategorien denken, so als würden die Konsumenten entscheiden oder als würde der Markt das entscheiden oder als würden die Konsumenten entscheiden. Deshalb habe ich diese drei Kategorien einmal angesprochen und habe Produkte genannt wie Kernkraftwerke, Brüter, HTR, Wiederaufbereitung. Weder Unternehmer noch Markt noch Konsumenten haben damit irgend etwas zu tun. Und man kann auch nicht sagen, die Politik stehe dem hilflos gegenüber. Es ist einfach nicht wahr. Sondern gerade diese Entscheidungen waren, wenn man so will, letztendlich politische Entscheidungen. Und dies ist also nicht nur eine Feststellung, die ich als Vorwurf formuliere, sondern ich habe dies so herausgearbeitet, um auch unsere Chance anzudeuten. Daß wir hier eine Chance haben, sehr wohl auch Technikkontrolle auszuüben.

Zweite Frage, reicht ein Parlamentsbeschuß aus, um etwa Plutonium zu produzieren? Ich sage immer wieder in Wahlveranstaltungen, Plutonium strahlt 500 000 Jahre, volle Zeit hochgerechnet. Eure Regierung in Schleswig-Holstein jetzt wählt ihr für vier Jahre; dann lachen die Leute hilflos. Dasselbe haben wir auch in Tschernobyl gesehen. Wer ist überhaupt verantwortlich? Das waren jetzt die paar, die nicht in die Verschrift paßten, eine völlige Verschiebung, nicht? Ich stelle immer die Frage, wenn hier ein Reaktor hochgeht, wer wird denn dann verurteilt? Kohl oder Bangemann oder wer? Da ist also sicherlich das Kriterium, daß ich das, was ich technologisch entscheide, auch verantworten muß und daß ich daher ausreichendes Wissen verfügbar haben muß, um eine solche verantwortliche Entscheidung treffen zu können. Ausreichendes Grinten ist sicherlich keine Grundlage. Weil ich einfach auch mei-

ne, Plutonium ist für mich ein Freiheitsproblem, selbst wenn wir ja sagen würden, dürften wir nicht die Lebensbedingungen kommender Generationen unerträglich belasten und ihnen freiheitsverkürzende Zwänge hinterlassen.

Das nächste, Klonen. Wenn das in einem anderen Land ist, das ist ja die alte Frage. Die Frage, mit der wir immer wieder konfrontiert werden, also das kann man ja durchdeklinieren für alles, da bleibt nur der Rückzug auf die eigene verantwortliche Entscheidung, immer wieder, und sie wird niemals aufgehoben oder gestützt oder nicht gestützt durch die Entscheidung anderer. Wir müssen halt selbst diese Frage entscheiden und wenn in einem anderen Land anders entschieden wird, kann uns das überhaupt nicht helfen.

Und dann die Sozialverträglichkeit, das ist wichtig, das müssen wir ausdifferenzieren. Ich habe mich zunächst einmal auf den Freiheitsaspekt begrenzt und habe die Freiheit zunächst mit dem Stichwort „mit dem anderen“ differenziert, um auch schon deutlich zu machen, daß ein Sozialdemokrat das anders bewerten muß als vielleicht jemand, der sich dem klassischen Liberalismus verpflichtet fühlt.